

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Verlagspreis: durch die Haupt-Expedition: Flussstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. 5, Matthiasstr. 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. - Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 25 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Betriebs-, Veranlagungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis nachmittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flussstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgeben werden.

Unverlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Entscheidung über die Einberufung des Reichstags vertagt

Versteherat lehnt Einberufung auf nächsten Dienstag ab - Am Dienstag neue Sitzung des Versteherates die Beschlüsse des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Vorstandes des ADGB.

Berlin, 10. Juni (Eigener Bericht).
Am Mittwoch begannen in Berlin eine ganze Reihe politischer Besprechungen, die von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der überaus komplizierten politischen Lage sein werden.
Am Vormittag tagte der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sein Beschlus lautet erkennen, daß er entgegen ist, alle Kräfte einzusetzen und alle brauchbaren Wege beschreiten, um die der Arbeiterklasse drohenden sozialen und politischen Gefahren abzuwehren. Von der gleichen Stimmung ist der Beschlus, den der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Nachmittag in einer Sitzung faßte, in der Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anwesend waren. Partei und freie Gewerkschaften stehen Schulter an Schulter. In Einigkeit und gemeinsamer Front werden sie alles tun, um die Interessen der unteren Volksschichten gegen die soziale Reaktion zu wahren.
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und andere Organisationen treffen erst Ende dieser Woche zusammen. Deshalb war eine unmittelbare Entscheidung über die Einberufung des Reichstags in der Mittwochssitzung des Versteherates nicht möglich. Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten hatten beantragt, das Reichstagsplenum schon für nächsten Dienstag einzuberufen. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, während sich der Vertreter des Landvolks der Stimme enthielt. Mit dem Stimmen der übrigen Parteien wurde der Antrag schließlich abgelehnt. Eine neue Sitzung des Versteherates ist für nächsten Freitag in Aussicht genommen. Sie soll die Entscheidung darüber bringen, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht.
Die „Germania“ bezeichnet den Zusammentritt des Reichstags in der gegenwärtigen Situation als das Verhängnisvollste, was geschehen könnte. Es wäre geradezu leichtfertig, eine politische Aktion zu einem vielleicht verfrühten Zweck zu unternehmen, die aber später über diesen Zweck hinausgeht und deren Ausgang nicht abzusehen ist. Ansehend richten sich die Bemerkungen der „Germania“ in erster Linie gegen die radikalen Strömungen, die in der Haltung des Vertreters der Wirtschaftspartei im Versteherat, aber auch in der Haltung des Landvolks und der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck kommen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft z. B. die Frage auf, ob Herr Brüning glaube, mit Herrn Curtius als Außenminister erfolgreiche außenpolitische Verhandlungen führen zu können. Auch in der Deutschen Volkspartei, der Herr Curtius angehört, sind ähnliche Strömungen, die eine Kabinettsbildung ablehnen, vorhanden. Hier verlangt man außer dem Rücktritt von Curtius auch den von Dietrich, die in der Deutschen Volkspartei auch diejenigen Kreise sitzen, die nach dem Direktorium rufen, für das neben dem ungenannten Herrn Schacht, Männer der rheinischen Schwerindustrie genannt werden, so sind die politischen Absichten dieser Kreise ziemlich deutlich erkennbar. Ihre Hoffnung geht dahin, daß der Reichstag das Kabinett Brüning bald stürzt und sie dann ihrem Ziele näherkommen. Aus diesem Grunde sind die Schachtmacher der Volkspartei für die Einberufung des Reichstags. Wie es heißt, wird ihre Fraktion am Donnerstag in ihrem Sinne beschließen.
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird zunächst in Besprechungen mit dem Reichskanzler Dr. Brüning zusammenkommen, um zu erörtern, ob und in welchem Ausmaß die Reichsregierung zu Änderungen der Notverordnung bereit ist!

unerhörten Verschlechterungen und Belastungen der gesamten Arbeiterklasse auch eine Reihe von besonderen Eingriffen in den gesetzlichen Anstellungsschutz und das bestehende Anstellungsgesetz. Die Behörden, Bergbauangestellten und eine Reihe weiterer Gruppen werden auch noch in einzelnen Sonderbestimmungen der Notverordnung hart getroffen.
Der IFA-Bund wird selbstverständlich in der Bekämpfung dieser Notverordnung diese Angriffe auf das soziale Recht und die Lebenshaltung der Angestellten mit aller Schärfe zurückweisen. Er hält jedoch angesichts der großen politischen und sozialen Gefahr statt eines Sondervorgehens der einzelnen Arbeitnehmergruppen die geschlossene Abwehr aller Gewerkschaften für notwendig. Aus diesem Grunde wird der IFA-Bund in Gemeinschaft mit dem ADGB zur Notverordnung und der damit entstandenen Lage Stellung nehmen.
Brüning läßt sich berichten
Der Reichskanzler ließ sich am Mittwoch von Mitgliedern des Kabinetts über die durch die Notverordnung hervorgerufene innenpolitische Lage informieren.
In unterrichteten Kreisen verläutet, daß der Reichskanzler unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, einer Erörterung der Notverordnung in einem Reichstagsauschuss seine Zustimmung zu geben. Er wendet sich jedoch nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Einberufung des Reichstags.
Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat gegen die Notverordnung eine Erklärung beschlossen, die im wesentlichen folgendes feststellt:
Die in den Paragraphen 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der

Notverordnung vorgesehenen Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, daß dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahn-Gesellschaft erstreckt, obgleich diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die der Reichsbahn gegebene Ermächtigung zur einseitigen Änderung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verleiht die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer. Die Einkommensverhältnisse der Reichsbahnarbeiter lassen einen weiteren Abbau der Löhne ohne Gefährdung der Existenz nicht mehr zu. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 Prozent sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverkürzung und Feiertagslöhnen ohne Lohnausgleich, sowie durch Herabsetzung der Gehaltsbedienste und Besetzungen in niedrigeren Lohngruppen und ländliche Dienststellen bereits so stark abgebaut, daß heute Zehntausende von verheirateten Reichsbahnarbeitern Wochenlöhne von 20 bis 25 Mark, zum Teil noch weniger, beziehen. Die bisherigen Lohnverluste der Reichsbahnarbeiter betragen bis zu 50 Prozent des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahn-Gesellschaft ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr senken zu können, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, daß die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der vergleichbaren Reichsbeamten hinausgehen, beibehalten werden können, dann müßte es geradezu als Hoß an, wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von „Härten, die alle Volkstriebe treffen“, spricht.
Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbefähigten stellt zu der neuen Notverordnung mit größtem Bedauern fest, daß trotz aller Proteste Hunderttausender von Kriegsoptern und trotz nachdrücklicher Warnungen der Organisationen,

Das Neuroder Unglück vor dem Landtag

Kommunistische Komödie auf Kosten der Opfer - Die Besprechung der Antwort der Regierung Kirchenvertrag in zweiter Lesung angenommen

Berlin, 10. Juni 1931.
In der Mittwochssitzung des Preussischen Landtages gedachte Präsident Bartels zunächst des Grubenunglücks auf der Zeche Ruben des Neuroder Bergwerks in Schlesien. Das Unglück entstand durch einen Kohlenäureausbruch und kostete 7 Bergarbeiter das Leben. 4 Bergleute wurden schwer verletzt. Landtagspräsident Bartels sprach den Hinterbliebenen und Verletzten das Beileid des Landtages aus.
Zur Geschäftsordnung beantragt hierauf Abg. Kasper (Komm.) sofort einen Antrag zu verhandeln, in dessen Einleitung von der volkseindlichen und verberberischen Politik des Landtages die Rede ist. Die proletarische Bevölkerung fordere radikale Abkehr von einer solchen Politik durch Sturz des kapitalistischen Systems. Die preussische Regierung sei die feste Stütze der Brüning-Regierung, die mit immer neuen Notverordnungen verfassungswidrig regiere. Der Antrag schließt: Der Landtag erklärt sich mit sofortiger Wirkung für aufgelöst!
Die Behandlung des Antrages scheitert am Widerspruch aus dem Hause.
Kunze beantragt: Abg. Sobotta (Komm.) die sofortige Behandlung einer großen Anfrage seiner Fraktion wegen des Neuroder Grubenunglücks. - Da niemand widerspricht, wird die Große Anfrage unter der Voraussetzung auf die Tagesordnung gesetzt, daß sich die Regierung zur Beantwortung bereit erklärt.
Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Da die Staatsregierung sich inzwischen zur Beantwortung der kommunistischen großen Anfrage wegen des

Neuroder Grubenunglücks bereit erklärt hat, erhält das Wort zu ihrer Begründung Abg. Sobotta (Komm.), der erklärt, daß dieses jüngste Unglück kein Zufall sondern eine Folge vernachlässigter Grubensicherheit und rücksichtslosen Antriebersystems sei. Es finde sich kein Richter, der die Schuldigen ins Zuchthaus bringe. Mit dem geheimsten Mitleid des Landtages sei den Opfern nicht gedient. (Präsident Bartels rügt diesen Ausdruck!) Mit diesem System des Bergarbeitermordes durch den Kapitalismus werde die revolutionäre Arbeiterschaft rücksichtslos auftrumpfen.
Ministerialrat Köber (von den Kommunisten mit beileidenden Zurufen empfangen) führt in Beantwortung der kommunistischen großen Anfrage aus, daß es nicht leicht sei, unmittelbar nach dem Unglück über die Ursache erschöpfende Auskunft zu geben. Es ließe aber sehr, daß auf der Rubengrube Erhaltungsschüsse vorchristlich abgegeben worden seien, während sich die Belegschaft hinter den Schließern zurückgezogen hätte. Eine Viertelstunde später seien die dazu bestimmten Bergleute vorgegangen, um zu revidieren. Kurz darauf sei die erste Webung über den Kohlenäureausbruch gekommen. Es seien also zwischen dem Schließen und dem Ausbruch rund 25 Minuten vergangen gewesen. Es sei durch die sofort eingeleitete Rettungsaktion gelungen, mehrere gasvergiftete Berg-

arbeiter lebend zu bergen. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Die Behauptung der Anfrage, daß die Belegschaft schon an der Arbeit gewesen sei, beruhe auf einem Irrtum. Die Tatsache, daß der Kohlenäureausbruch sich eine halbe Stunde nach dem Schließen ereignet habe, sei ein Vorkommnis, das sich in der jahrzehntelangen Bekämpfung solcher Ausbrüche nur ganz vereinzelt ereignet habe.
Die von dem Abg. Schwent (Komm.) beantragte sofortige Besprechung der Anfrage kann nicht stattfinden, da sie von den Kommunisten selbst nicht genügend unterstützt wird.
Es folgt die zweite Lesung des Staatsvertrages mit der evangelischen Landestirche.
Abg. Dr. Ausländer (Komm.) beantragt die sofortige Abstimmung eines kommunistischen Antrages, der die Auslegung der Debatte über den Staatsvertrag solange fordert, bis die Regierung Material über die finanzielle und politische Auswirkung vorgelegt habe. - Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.
Abg. Koch-Deinhausen (Dnt.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß die Deutschnationalen trotz schwerer Bedenken dem Vertrage zustimmen werden.
Abg. Freke (Dt. Frakt.) erhebt ebenfalls gegen die politische Klausel Bedenken. Innerhalb seiner Fraktion sei die Stellungnahme zu dem Vertrag nicht einheitlich.
Abg. Benschid (Komm.) lehnt unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie den Kirchenvertrag ab.
Abg. Dr. von Campe (D.Vp.) erklärt, daß auch in seiner Fraktion die Stellung zu dem Vertrag keine einheitliche ist. Die Mehrheit seiner Fraktion werde, wenn auch schweren Herzens, dem Vertrage zustimmen.
Abg. Graue (Staatsp.) erklärt für seine Partei die Zustimmung zu dem Vertrag.
Die Abgg. Hestermann (Wirtschaftsp.) und Meyer-Hermisdorf (Chr. Soz.) stimmen dem Vertrage ebenfalls zu.
Abg. Seiwert (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten sich entsprechend ihrer Haltung im Ausschus die endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung vorbehalten und deshalb Entlastungsstimmen abgeben werden.
In dem nächsten Abschnitt wird Artikel 1 des Staatsvertrages mit 169 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Reichsparteier bei 74 Enthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Mit ungefähr derselben Mehrheit und denselben Enthaltungen wird Artikel 2 in namenhafter Abstimmung angenommen, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt. Es folgt die zweite Lesung des Staatsvertrages. Abg. Dr. Ausländer (Komm.) wendet sich sehr scharf gegen die Vorlage. Das Gesetz wird in namenhafter Abstimmung gegen die Kommunisten angenommen.
Nächste Sitzung Donnerstag.

Berlin, 10. Juni. (Eigener Bericht).
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich am Mittwoch vormittag mit der durch den Reichstag beschlossenen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Er lehnt die Notwendigkeit an, die Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Reichstag ist aber der Auffassung, daß die zu diesem Zweck erlassene Notverordnung in einzelnen Teilen so harte Maßnahmen enthält, die für die breiten Massen der Bevölkerung untragbar sind, daß ihre Abänderung dringend erforderlich erscheint. Der Fraktionsvorstand wird dem Reichskanzler in Verbindung treten, um zu erörtern, inwieweit durch Verhandlungen die für notwendig gehaltenen Abänderungen erreicht werden können.
Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unter Beteiligung des Vorstandes des Reichsbundes der freien Angestelltenbundes am Mittwoch eingehend mit der Notverordnung vom 5. Juni beschäftigt. Die Bundesvorstände vertreten nicht die Notwendigkeit, dem Reich die Kosten der Notverordnung zu zahlen, um eine Behebung der politischen Krise zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Härte, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verschlimmern und damit eine Milderung der Erwerbslosenverhältnisse zu bewirken. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält eine derartige Härte, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verschlimmern und damit eine Milderung der Erwerbslosenverhältnisse zu bewirken. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen.
Der Reichsbund der freien Angestelltenbundes teilt mit: Die Notverordnung vom 5. Juni enthält neben den bereits allgemein bekannt gewordenen

unerhörten Verschlechterungen und Belastungen der gesamten Arbeiterklasse auch eine Reihe von besonderen Eingriffen in den gesetzlichen Anstellungsschutz und das bestehende Anstellungsgesetz. Die Behörden, Bergbauangestellten und eine Reihe weiterer Gruppen werden auch noch in einzelnen Sonderbestimmungen der Notverordnung hart getroffen.
Der IFA-Bund wird selbstverständlich in der Bekämpfung dieser Notverordnung diese Angriffe auf das soziale Recht und die Lebenshaltung der Angestellten mit aller Schärfe zurückweisen. Er hält jedoch angesichts der großen politischen und sozialen Gefahr statt eines Sondervorgehens der einzelnen Arbeitnehmergruppen die geschlossene Abwehr aller Gewerkschaften für notwendig. Aus diesem Grunde wird der IFA-Bund in Gemeinschaft mit dem ADGB zur Notverordnung und der damit entstandenen Lage Stellung nehmen.
Brüning läßt sich berichten
Der Reichskanzler ließ sich am Mittwoch von Mitgliedern des Kabinetts über die durch die Notverordnung hervorgerufene innenpolitische Lage informieren.
In unterrichteten Kreisen verläutet, daß der Reichskanzler unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, einer Erörterung der Notverordnung in einem Reichstagsauschuss seine Zustimmung zu geben. Er wendet sich jedoch nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Einberufung des Reichstags.
Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat gegen die Notverordnung eine Erklärung beschlossen, die im wesentlichen folgendes feststellt:
Die in den Paragraphen 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der

Notverordnung vorgesehenen Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, daß dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahn-Gesellschaft erstreckt, obgleich diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die der Reichsbahn gegebene Ermächtigung zur einseitigen Änderung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verleiht die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer. Die Einkommensverhältnisse der Reichsbahnarbeiter lassen einen weiteren Abbau der Löhne ohne Gefährdung der Existenz nicht mehr zu. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 Prozent sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverkürzung und Feiertagslöhnen ohne Lohnausgleich, sowie durch Herabsetzung der Gehaltsbedienste und Besetzungen in niedrigeren Lohngruppen und ländliche Dienststellen bereits so stark abgebaut, daß heute Zehntausende von verheirateten Reichsbahnarbeitern Wochenlöhne von 20 bis 25 Mark, zum Teil noch weniger, beziehen. Die bisherigen Lohnverluste der Reichsbahnarbeiter betragen bis zu 50 Prozent des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahn-Gesellschaft ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr senken zu können, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, daß die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der vergleichbaren Reichsbeamten hinausgehen, beibehalten werden können, dann müßte es geradezu als Hoß an, wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von „Härten, die alle Volkstriebe treffen“, spricht.
Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbefähigten stellt zu der neuen Notverordnung mit größtem Bedauern fest, daß trotz aller Proteste Hunderttausender von Kriegsoptern und trotz nachdrücklicher Warnungen der Organisationen,

der Städte und Gemeinden sowie der Tagespresse die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegsveteranen in einer untragbaren Weise angegriffen wurden. Die Notverordnung übertrifft alle Befürchtungen. Insbesondere trifft sie die Zuschlagempfehlungen, die "Leichtbeschädigten", die Arbeitslosen, die Rentner, die Landwirte und die in öffentlichen Diensten stehenden Versorgungsberechtigten in einem nicht zu verantwortenden Ausmaß.

Der Bundesvorstand protestiert deshalb auf das nachdrücklichste gegen die neuen Abbaumaßnahmen. Er ersucht den Reichstag, alsbald in eine Nachprüfung der Notverordnung einzutreten und die unerträglichen Bestimmungen zu beseitigen. Dabei sind die im Reichsbund vereinigten Kriegsveteranen der Auffassung, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch Möglichkeiten genügend gibt, den Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden zu sichern, ohne in die von der Reichsregierung und vom Reichstag selbst wiederholt als unzulänglich anerkannte Versorgung und Fürsorge einzugreifen.

Weitere Kundgebungen gegen die Notverordnung

Hamburg, 11. Juni. (Eigener Funkenbericht.)

Die Hamburger Bürgerschaft nahm am Mittwoch auf Antrag der Sozialdemokratie und der Staatspartei mit den Stimmen der Koalitionsparteien zu der neuen Notverordnung eine Entschließung an, in der eine soziale Umgestaltung der Notverordnung und eine energische Verwirklichung der Forderungen des Reparationsproblems gefordert wird.

Während der Bürgerschaftssitzung versuchten die Kommunisten vor dem Rathaus und in den angrenzenden Straßen "Massendemonstrationen" auf die Beine zu bringen. Die Polizei löste die Demonstrationen auf. Der Rathausmarkt wurde geräumt. Ein Teil der kommunistischen Abgeordneten sprach von ihrem Fraktionszimmer zu den Demonstranten.

Berlin, 11. Juni. (Eigener Funkenbericht.)

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, die sich am Mittwochabend mit den Bestimmungen der neuen Notverordnung befaßte, erhob gegen zahlreiche Maßnahmen erhebliche Bedenken. Die Fraktion gab der Anschauung Ausdruck, daß durch Verhandlungen Änderungen herbeigeführt werden müßten. Die Fraktion beabsichtigt in den nächsten Tagen nochmals zusammenzutreten und nach vorherigen Besprechungen mit dem Reichskanzler sich über ihre Stellungnahme zu der Notverordnung endgültig zu entscheiden.

Die Wirtschaftspartei, deren Vorstand am Mittwoch mit Vertretern ihrer Fraktion aus dem Reichstag und den Länderparlamenten im preussischen Landtag tagte, nahm zu der Notverordnung einstimmig folgende Entschließung an:

"Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht, daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung, deren Bestimmungen im besonderen auch die Existenz des Mittelstandes in nicht zu überbietender Weise bedrohen. Mit allem Nachdruck verlangt die Wirtschaftspartei die sofortige Aufhebung des gesamten Reparationsproblems mit dem Ziele der Einstellung sämtlicher Tributleistungen."

A. Kr. Unter den vorstehenden Meldungen ist auch eine kurze Nachricht, daß sich Reichskanzler Brüning über die Aufnahme der neuen Notverordnung habe berichten lassen. Wir hoffen, daß ihm dabei von seinem Informatoren reiner Wein eingeschenkt und ihm die Wahrheit über die allgemeine Empörung mitgeteilt worden ist, die in allen Kreisen und Schichten der arbeitenden Bevölkerung gegen die einseitigen und überaus schweren Neubelastung der arbeitenden Massen, wegen der ungeheuren sozialen Ungerechtigkeit der neuen Regelung und wegen der völligen Unfähigkeit der Reichsregierung für die große Not der Erwerbslosen und Sozial- und Kriegsveteranen herrscht. Vielleicht merkt er dann doch, daß hier in Deutschland jetzt ein anderer Wind weht, als in den Räumen des Landshofes in England. Daß sich während seiner Reise ein wahrer Sturm aufgemacht hat, der sehr leicht eine alles zerstörende Kraft entfalten kann, wird ihm nicht rechtzeitig durch entsprechende Maßnahmen begegnet. Die vorstehende Zusammenstellung von empörenden Kundgebungen, wie auch die bereits gestern in diesen Spalten gemachte ähnliche Zusammenstellung, die leicht durch eine Fülle weiterer Einzelkündgebungen vergrößert werden könnte, sprechen doch wahrlich deutlich genug. Es ist ja nicht so, daß die arbeitenden Massen nicht einsehen, daß eine Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt notwendig ist, gerade auch in ihrem eigenen Interesse notwendig, daß also das neu entstandene Defizit irgendwie gedeckt werden muß. Sie sind auch, so ungeheuer schwer auch die bereits bestehenden Lasten drücken, durchaus bereit, einen angemessenen Teil zu der Aufbringung der neuen Mittel selbst beizutragen. Wogegen sie sich aber wehren, und wahrhaftig mit gutem Recht, ist, daß wieder einmal der Löwenanteil der neuen Lasten auf ihre schwachen Schultern gelegt werden und daß gleichzeitig auch noch

die geringen Leistungen des Staates für die Vermissten unter ihnen, die Erwerbslosen und die Sozial- und Kriegsveteranen, in großem Umfange abgebaut werden.

Man mutet den arbeitenden Massen neue schwere Opfer zu und nimmt ihnen gleichzeitig noch einen beträchtlichen Teil dessen, was der Staat für sie leistete. Daß sich dagegen ein Sturm der Entrüstung erhebt, ist nur zu verständlich. Und die Regierung ist wahrlich schlecht beraten, wenn sie vor diesem Sturm ihre Ohren gewaltsam verschließt. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird mit aller Kraft arbeiten müssen, um sich und dem Volk für die arbeitenden Massen Gehör zu verschaffen. Sie wird dem Reichskanzler und die gesamte Regierung nicht darüber im Zweifel lassen dürfen, daß die Sozialdemokratie diese neuen Belastungen und Ungerechtigkeiten nicht mehr hinnehmen kann und daß die Reichsregierung ihr ganzes Sanierungswerk in

schwerste Gefahr bringt, wenn sie eine umfassende Umgestaltung der Notverordnung in sozialem Geiste nicht zulassen wird.

Es ist klar, daß die gesamte politische Lage durch den neuen Notverordnung eine sehr ernste Zuspitzung erfährt, daß die arbeitenden Massen durch sie im Tiefsten aufgeweckt sind. Es gilt daher unverszüglich und mit Kraft und Entschlossenheit gegen diese Notverordnung aufzutreten. Der Sammentritt des Reichstages wird das aber nicht möglich wird nichts anderes übrig bleiben, als ihn möglichst bald aufzuführen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung und vor allem die Sozialdemokratie aber hat allen Grund, die Reihen zu eng aneinander zu rücken und eine geschlossene ungebrochene Front zu bilden, will sie den schweren Kampf der uns schon als unvermeidlich erscheinen will, erfolgreich zu

Wirtschaftlicher Landeserrat der Nazis

Sie zerstören systematisch den Kredit des Staates

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Im bayerischen Landtag spielte sich am Mittwoch ein unerbörter Vorgang ab.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Etats der Bergbauverwaltung wurde die Regierung, insbesondere von den Sozialdemokraten, wegen der von der Bergwerksdirektion geforderten Stilllegung der Luitpold-Hütte in Amberg aufgefordert, alles zu tun, um diese für die Arbeiterklasse und die Stadt Amberg drohende Katastrophe abzumenden. Der Redner der Sozialdemokraten, der durch seine Morphege und andere wilde Affären im Landtag berüchtigte Abg. Wagner, wußte ein ganz anderes Rezept. Mit zynischen Gebarden prophezeite er den Untergang des deutschen Bergbaues und des bayerischen Eisenerzbergbaues im besonderen. Die bayerischen Bergwerke seien nichts wert und von der Kreditfähigkeit des bayerischen Staates sei überhaupt nichts mehr übrig geblieben. Wörtlich sagte er dann: "Wir Nationalsozialisten warnen jedenfalls ausdrücklich jeden ausländischen Geldgeber, in dieses bankrotte System noch einen Pfennig hineinzustecken. Es wird der Zeitpunkt kommen, da an der Stelle der heutigen schwarz-roten Regierung eine nationalsozialistische Regierung steht. Diese wird dann nicht daran denken, einmalige Kredite, die diesem verfallenen System gegeben worden sind, zurückzahlen."

Durch empörte Zurufe kennzeichneten die Sozialdemokraten diesen

Landeserrat des Falenkreuzlers

der sich in dieser Form zum erstenmal auf der Tribüne eines deutschen Parlaments gewagt hat. Der Präsident ließ das Geschrei in Ruhe geschehen. Er erlaubte dem Falenkreuzler weder einen Ordnungsruf noch eine Rüge. Für den passiven Präsidenten, der sonst in nationaler Entflammung nicht genug tun kann, fand wenigstens der stellvertretende Finanzminister, dem die finanziellen Betriebe unterstellt sind, einige Worte der Entrüstung. Er bedauerte, daß ein Abgeordneter durch solche Reden die Kreditfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen suche.

Das Motiv des Falenkreuzlers ist klar. Als leidenschaftliche Gegner der Nazis, wollen die Nazis, daß die Arbeiter und Angehörigen ihrer Betriebe verlassen müssen und Opfer der Verarmung werden, damit sie in trostloser seelischer Verfassung eine Seite der falenkreuzlerischen Vergebung werden. Mit diesem verruchten Mittel hofft die Hölle auf legalem Wege unterstellt reich an die Macht zu kommen. Der bayerische Landtag ist aber noch keine Hölle, die nur die Geschäfte der vom Machttrauf besessenen politischen Verbrecher zu besorgen hat. Es wird deshalb keine dringende Aufgabe sein, gegen den unter seinem Dach bewußt begangenen Landeserrat die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Zahlreiche Strowalle

In Mannheim, Berlin und anderswo

Am Mittwochabend kam es in Mannheim im Anschluß an eine kommunistische Protestkundgebung gegen die neue Notverordnung zu schweren Ausschreitungen.

In der westlichen Unterstadt versuchten die Demonstranten aus Brettern, Eisenstangen und, was sie sonst noch herbeischaffen konnten, Barrikaden zu errichten. Außerdem wurde das Straßenpflaster auf und wachte nach dem Muster des Mai-Auffstandes in Berlin in verschiedenen Straßen sämtliche Laternen ein, so daß gegen 22 Uhr zahlreiche Straßenzüge völlig im Dunkeln lagen. Infolge dessen wurde auch der Verkehr eines Teiles der Straßenbahn still gelegt. Zahlreiche Geschäfte schlossen.

Die Polizei ging zunächst mit Gummiknüppeln gegen die

Kommandos vor, die sich hauptsächlich aus jugendlichen Barrikadenkämpfern zusammensetzten. Als sie von einer der Barrikaden abgeschossen wurde, gaben sie mehrere Schreckschüsse ab. Im Augenblick ergriffen die Demonstranten, zum Teil unter 18 Jahren, die Flucht. Die Feuerwehreinheiten, die aufgebauten Hindernisse ohne Widerstand beseitigten. Hinter den Barrikaden geschloßene Steine und Tüten mit Gummiknüppeln als Wurfgeschosse benutzt werden sollten.

Im Norden der Reichshauptstadt bildete sich am Mittwochabend ein Demonstrationszug aus jugendlichen Kommunisten, die laut jubelnd durch die Straßen vor dem Verwaltungsgebäude des Bezirksamtes halt machten. Bevor die Polizei eingetroffen war, hatten die jugendlichen Demonstranten bereits sechs große Schaufensterhebel der Depositionskasse der Stadtkanzlei eingeschlagen. Als die Polizei traf, konnte die Ordnung mit dem Gummiknüppel wieder hergestellt werden.

Der Polizeipräsident in Duisburg hat angeklagt durch die kommunistischen Demonstrationen der letzten für den Präzisionsbezirk Duisburg-Hamborn auf weiteres alle Versammlungen und Umzüge auf freiem Himmel verboten. Von den Verbote Reichenzüge und Veranstaltungen ersterer Art ausgeschlossen.

Chemnitz, 10. Juni (Eigener Drahtbericht.)

Von den 72 Kommunisten, die im Zusammenhang mit blutigen Zwischenfällen in Chemnitz angeklagt wurden, sind 56 festgehalten worden. Sie wurden im Laufe des Mittwochs Staatsanwaltschaft angeklagt. Wer die tödlichen Schüsse gegeben hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Der Tod der zwei Nationalsozialisten wird von dem im Jahrbuch der Naziblätter jagehenden "Chemnitzer Blatt" zu einer unverhüllten Mordege gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. So schreibt dieses Blatt: "Vorfall zeigt ganz deutlich, daß die ungeheure Morde der Nazis bei dem roten Untermententium blutige Früchte tragen hat. Die wahren Urheber dieser Mordtat liegen auf in Parteistellen der marxistischen Mordefront." In dieselbe Richtung die Nationalsozialistische Partei, Gruppe Chemnitz, die in der "Chemnitzer blätter" Presse eine Todesanzeige für ihre beiden getöteten Parteimitglieder veröffentlicht, in der es heißt: "Zwei Männer mußten wiederum ihr Leben lassen, weil das blutige bewußte Deutschland heute schuldlos den marxistischen Organisationen ausgeliefert ist."

Die Polizei ist gegen diese Mordege bisher noch eingeschritten.

Ein Polizeibeamter in Kassel erschossen

In Kassel, wo es in den letzten Tagen wiederholt Zusammenrottungen kommunistischer Elemente kam, waren am Mittwochabend wieder schwere Zusammenstöße mit der Polizei zu verzeichnen. Als die Polizei gegen die Demonstranten in der Altstadt vorging, wurde sie aus den Fenstern von den Dächern mit Blumentöpfen und Dachziegeln beworfen. Alle Ermahnungen der Polizei zur Ruhe und Ordnung erfolglos. Die Beamten gaben daraufhin zunächst Schüsse ab und als immer wieder neue Zusammenrottungen stattfanden, schloß schließlich scharf. Ein Passant wurde verletzt.

An einer Stelle der Stadt fielen aus den Reihen der Demonstranten mehrere scharfe Schüsse durch die Polizeibeamten einen Bauchschuß erhielt. Beamte ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen. Auf die Greifung des Täters ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Der Polizeipräsident beabsichtigt angesichts der Vorgänge in den letzten Tagen ein Verbot von Umzügen unter freiem Himmel.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann (Copyright 1951 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

(Nachdruck verboten)

Sie gehorchte. Er stand vom Schreibtische auf und ging hastig auf und ab. Die Handwölken zogen in Schwaden hinter ihm her. Nach einigem Räuspern begann er: "Wir müssen uns die Dinge reiflich überlegen. Es gibt nur zwei Wege. Sie können zu Ihrer Muhme zurück oder..."

Der erste-Blitzstrahl zuckte herüber. Ein dumpfes Rollen folgte.

"Hören Sie auf, Herr Konrektor!" bat sie. "Man soll beim Gewitter nicht lügen."

"Das ist ja die Zwangslage für mich", schrie er. "Also: Entweder zur Muhme zurück oder hierbleiben, und zwar als Frau Konrektorin. Einen dritten Weg sehe ich nicht."

Marie Dolderlein schlug die Hände vor das Gesicht. Sie war weit davon entfernt, an den Ernst der Worte zu glauben. Sie kannte den Konrektor als Spötter.

"Ich bin ja nicht mehr der Jüngste, Marie. Vielleicht ist auch kein Staat mehr mit mir zu machen. Aber..."

Sie nahm die Hände vom Gesicht und sah ihn mit ihren blanken Augen an. Ein Lächeln leuchtete ihr dabei um den Mund.

"Aber?" fragte sie leise.

"Aber... Aber ein Mädchen mit Geld könnte es immer noch mit mir versuchen. Ich bring es schon recht fertig, jemandem gut zu sein. Wollen wir es versuchen, Marie?"

"Wenn Du glaubst... Aber lange dürfen wir nicht mehr warten, sonst wirst Du wirklich zu alt."

"Dann gib mir schnell einen Kus, Marie! Wir müssen noch aufpassen."

Er stieß in der Eile den Tabakkasten vom Tische. Muddelmann hörte den Krach, schreckte aus seinem Schnarchen auf und rief: "Mudding! Mudding!... Schnell einen Grog! Aber mit viel Rum! Es heit inslagen...!"

Zweites Buch

Am Baum der Menschheit drängt sich Blut an Blut

1.

Wenn die Vögel flügge werden, fliegen sie aus dem Nest. Ist es bei den Menschen je anders?

Konrektor Lichtschlag konnte ein Lied darüber singen. Jahraus, jahrein schwirrten von ihm flügge und halbflügge Vögel ab. Manche sah er gern davonfliegen. Anders begleitet er mit Sorgen. Dessen oder jenen sah er mit Zuversicht den Flug in die Welt antreten.

Theo Tass Trill versuchte bereits die Kraft seiner Schwingen. Er stand hinter der Theke des väterlichen Geschäfts und bemühte sich, seinen Lehrmeister zu übertreffen. Das war nicht einfach. Thiessen kam aus der Hamburger Schule. Seine Vielseitigkeit war erstaunlich. Über die Pudelwitzer Enge ragte er turmhoch hinaus. Nicht nur die Kleidung verriet es. Am deutlichsten zeigte sich seine Überlegenheit in der herablassenden Art, in der er zu allen Lebensfragen der Stadt Pudelwitz Stellung nahm.

Man darf beim Stehen hinter der Theke sozusagen nicht den Blick für die Zusammenhänge draußen verlieren", belehrte er seinen Schützling. "Wer sein Tätigkeitsfeld durch die vier Wände seiner Kammer abgrenzen läßt, lebt nur die Hälfte seines Lebens. Mit der Kleidung hängt es an. Immer gemäß dem Witterungscharakter sozusagen dreiviertel der Einwürde von Munde weg. Den Rest schaltet man aus, indem man sein Benehmen recht von oben herab an den Mann bringt. Dann werden alle klein und beschneiden. Die Parole der Zeit heißt: Furchel! Wer das nicht richtig erkennt, wird sich nicht leicht placenten."

Theo Tass Trill begriff diese Belehrungen rascher, vordem die Weisheiten des Konrektors. Schon nach wenigen Wochen gab er ähnliche Ansichten zum Besten.

"Ich bin zu Größerem bestimmt!" lautete eins dieser Kenntnisse.

"Wer die Geschichte des Trill'schen Geschlechts kennen will, lautete eine andere Redensart. "weiß, daß ich nicht halbem Wege stehen bleiben kann. Vollkontakt voraus!"

Thiessen blieb nichts übrig, als vor dieser Gelehrigkeit den Hut zu ziehen. Ein Zügel war eher am Platze als Aaregen.

"Ich würde an Dainer Stelle nicht in der Mittagszeit die Lateinschule flaniieren, Theo!" zügelte Thiessen zum Spiel. "Ich würde auch Tina vom Ernsthofe nicht dabei zügel machen, daß ich besonders tief den Hut vor ihr ziehe. Lass sie doch in den Laden kommen. Dann erhält die Sie ein anderes Gesicht. Dann heißt es: Sie umschwärmt dich."

"Spionieren Sie hinter mir her, Hinnerk?"

"Nicht, daß ich wüßte. Ein Zufall!"

"Bei mir können Sie sich solche Zufälligkeiten gewöhnen, Herr Thiessen! Am Ende bin ich doch kommender Chef, und das soll man bereits heute nicht an acht lassen!"

Hinnerk sah mit hochgezogenen Augenbrauen auf sein Lebring.

"Nanu!" entgegnete er.

"Ich weiß, was ich mir als Trill schuldig bin. Über das was ich tue oder unterlasse, habe ich mir selbst Rechenschaft zu geben. Ich weiß, daß ich zu Höherem berufen bin. A muß man an mich einen anderen Maßstab anlegen. Versuchen Sie Ihre Belehrungen bei Moses Beechheimer anzuhängen. Basta!"

Hinnerk biss sich auf die Lippen.

"Aber da hinaus will der Junge!" schloß es ihm durch Kopf. "Da müssen wir anders vorgehen."

(Fortsetzung folgt)

Nach Chequers

Die deutsche nationalsozialistische Presse beiläufig, an der Hand der allgemein gehaltenen offiziellen Kommunikationen über die Verhandlungen von Chequers zu verteidigen, daß die Begegnung zwischen den deutschen und den englischen Ministern ein Ergebnis der deutschen sei. Das ist eine große Irreführung. Denn das Ergebnis konnte bei dieser ersten Fühlungnahme herauskommen. Das ist hier vor Chequers mit aller Sicherheit vorausgesetzt worden.

Die Besprechungen in England konnten nur der gegenwärtigen Unterzeichnung dienen, sie konnten nur den Weg zu einer kommenden Revision des Young-Planes ebnen. Ein formeller Beschluß, zum Beispiel im Sinne der Einberufung einer neuen Reparationskonferenz, konnte schon deshalb nicht gefaßt werden, weil England nur ein Partner des Abkommens ist, und nicht einmal der wichtigste. Weitere Schritte auf dem Wege der Revision können nur in „enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen“ erwogen werden wie die deutsch-englische amtliche Verlautbarung mitteilt.

Die anderen Regierungen sind nicht nur die französischen, sondern in noch höherem Maße die amerikanischen. Seit drei Tagen wird in der bürgerlichen Presse die Tatsache, daß eine Ermäßigung der deutschen Reparationen in erster Linie von einem Entgegenkommen Amerikas abhängt, hervorgehoben. Für die Leiter der sozialdemokratischen Bewegung ist dies ein Schlagwort, das nicht mit nationalsozialistischen Schlagworten gefüllt werden darf. Seit Jahren schon werden immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht Frankreich, nicht England, sondern die Vereinigten Staaten die eigentlichen Reparationsgläubiger Deutschlands sind und sie allein den Schlüssel für eine erträgliche Lösung dieses Problems besitzen. Vor nahezu zehn Jahren haben die sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und anderer auf einer Konferenz in Frankfurt a. M. die Forderung der interalliierten Schulden gefordert, das einzige praktische Mittel, um das deutsche Volk von seinen Lasten zu befreien. Mit Recht hat übrigens der sozialistische Propagandist, Leon Blum, am Montag in der „Boulevardpresse“ darauf hingewiesen, daß die Aufregung der Reichsregierung über den Aufruf der Reichsregierung unangebracht sei, denn das darin aufgeworfene Problem läßt sich nicht Deutschland und Frankreich, sondern England und die Vereinigten Staaten.

Die Regierung hat freilich die Regierung von Washington jedes Recht in der Frage der interalliierten Schulden abgelehnt. Angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Wirtschaft, verbunden mit einem Budgetdefizit von über 10 Milliarden Mark, schien sogar die Neigung der Regierung zu einem Verzicht auf irgendwelche Forderungen den Maßstab geklungen zu sein. Indessen lassen gewisse Aussagen maßgebender Persönlichkeiten, z. B. des Senators Wheeler, erkennen, daß sich drüben ein Umschwung vollzieht. Die durch Reparations- und Schuldzahlungen stark bedrückte Wirtschaft Europas wirkt sich auf die Wirtschaft Amerikas äußerst ungünstig aus. Man beginnt, jenseits des Atlantik zu erkennen, daß ein politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands nicht nur für ganz Europa, sondern für die Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben würde. In diesem Zusammenhang gewinnt die während des Besuches der deutschen Minister in England angekündigte Nachricht, daß nicht nur der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Stimson, sondern auch der Finanzminister, Mellon, Sommerurlaubstreifen nach Europa antreten, erhöhte Bedeutung.

Dennoch wollen wir vor irgendwelchen Aufstößen über das Tempo des Umschwunges warnen. Solche gefährlichen Aufstöße hat der Aufruf der Reichsregierung zur Notverordnung erzwungen. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben schon jetzt, die Regierung auf ihre Worte festzulegen. In weiteren Tagen, den der Young-Plan fortgesetzt als „Ueberbreitung jener „Grenze der Entehrungen““ hinüber, von der das Manifest sprach. Sie gebärden sich so, als ob sie von Chequers die sofortige Einberufung einer Reparationskonferenz oder gar die unverzügliche Einstellung der Reparationen erwarteten.

Demgegenüber kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, verückt zu spielen! Chequers hat nach den Worten des „Daily Herald“, den Stein ins Rollen gesetzt. Aber zu erwarten, daß sofort jene Lawine entsteht, die das ganze Gebäude des Young-Planes innerhalb weniger Wochen wegweht, ist kindisch. Solchen Gläubigen zu erweisen, wäre verantwortungslos. Gewiß, es muß etwas geschehen und es wird etwas geschehen. Noch vor dem Ausbruch jener furchtbaren Entleerung eintreten, die die Regierung in ihrem Aufruf fordert. Auf welchem Wege, in welcher Form, das werden erst die diplomatischen Verhandlungen im Anschluß an Chequers ergeben. Ob auf dem Wege, durch den Young-Plan vorgeschriebenen Wege des Kommissionsverfahrens und der Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Organe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ob darüber hinaus durch einen Nachlaß der interalliierten Schuldenforderungen zugunsten Deutschlands oder durch ein allgemeines dreijähriges Moratorium von Reparationen und Schulden, wie es der „Daily Telegraph“ andeutet, das steht noch dahin.

Sicher ist nur eins: Der Young-Plan, der angeblich die endgültige Regelung der deutschen Zahlungen auf über 10 Jahre hinaus darstellen sollte, ist schon nach zwei Jahren an den Rand geraten. Wir haben niemals davon gewußt, daß er nur eine Etappe darstellt, einen Fortschritt gegen-

über dem Dawes-Plan, genau so wie der Dawes-Plan nur eine Etappe und einen Fortschritt darstellt gegenüber dem Londoner Ultimatum von 1922 Milliarden. Dagegen haben die Eugenbergs, Hittler und Selbie den Haager Plan wörtlich genommen und Krotobilstreben über das „Recht der ungeborenen Generationen“ vergossen. Nachdem die Entwicklung von weniger als zwei Jahren uns recht gegeben hat, tun sie jetzt so als ob jeder Tag, an dem der Young-Plan noch nicht revidiert ist, Verrat an der deutschen Volksseele wäre. Mit diesen Sentimentalitäten läßt sich keine vernünftige Politik machen. Jede Konzeption, die das Reichsministerium an jene Leute macht, die verrückt spielen, gefährdet nur die Aussichten auf eine Revision des Young-Planes. Die deutsche Arbeiterklasse ist an einer Erleichterung der Lasten umso mehr interessiert, als bei der herrschenden innerpolitischen Kräfteverteilung diese Lasten in erster Linie auf ihre Schultern abgemälzt werden, wie die Notverordnung aufs neue beweist. Um so mehr wird sich die Sozialdemokratie dagegen wehren, daß man durch eine Katastrophenpolitik im Sinne der Rechtsradikalen die Aussichten auf eine Revision verächtlich und neues, unabsehbares Unheil heraufbeschwört.

Macdonald über Chequers

Der englische Ministerpräsident wurde am Mittwoch im Unterhaus wiederholt wegen der Besprechungen in Chequers interpelliert. Macdonald erwiderte, daß er nichts weiter zu erklären habe, als was im Kommuniqué über die Erörterung mitgeteilt worden sei. Der deutsche Reichsminister habe ihn und den Staatssekretär des Auswärtigen eingeladen, in Berlin einen Gegenbesuch abzustatten. Die englische Regierung habe diese Einladung gern angenommen. Ein Zeitpunkt sei für diesen Besuch jedoch noch nicht festgesetzt. Im übrigen glaube er nicht, daß angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse eine Unterhaus-Debatte über das Reparationsproblem und die interalliierten Schulden von Nutzen sein würde.

Macdonald antwortete schließlich noch auf die Frage seines Sohnes, ob er die Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung aller Staaten, die an einer internationalen Regelung ein Interesse haben zur gegenseitigen Annullierung aller Verpflichtungen in denkbare größtmäßige Ermäßigung führe, daß Englands Haltung in der Schuldenfrage allgemein bekannt sei und ein Schritt auf der vorgeschlagenen Basis unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenig Zweck haben würde.

„Daily Herald“ kritisiert Briand

London, 10. Juni. (Eig. Draht.) Der „Daily Herald“ kommentiert die Erklärung Briands in der Kammer über den Young-Plan in einem Leitartikel wie folgt: „Solche Methoden, solche Manieren sind verhängnisvoll für jenes Ideal, zu dem sich Briand bekennt. Revision des Young-Planes, ebenso wie Revision eines anderen internationalen Vertrages, ist eine Angelegenheit der Untersuchung, der Ueberlegung und der freundschaftlichen Unterhaltungen. Das abzustreiten und von starrer Endgültigkeit zu sprechen, ist nicht nur ein Unsinn, sondern es ist auch eine Mißachtung der Bestimmungen des Völkerbundes, zu dem sich Briand selbst so oft bekennt hat. Dies wird den Erfolg haben, daß Lausanne von neuem dem Lager Hitlers zugeführt werden. Briand hat Frankreich, Deutschland, Europa und der Welt einen jämmerlichen Dienst geleistet.“

Frankreichs Sozialisten verlangen Vertagung der Marinevorlage

Paris, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die französische sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag auf den Vorschlag des Abgeordneten Marguet beschloffen, die Vertagung der in diesen Tagen in der Kammer beginnenden Debatte über das Marinebauprogramm für das Finanzjahr 1931/32 bis nach Schluß der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu verlangen. Der Antrag soll von dem Abgeordneten Reynaud im Plenum begründet werden. Das neue Bauprogramm sieht die Kiellegung eines Panzerkreuzers von 2300 Tonnen vor, dessen Bau als Antwort auf den kürzlich vom Stapel gelassenen Panzerkreuzer „Deutschland“ gedacht ist, ferner den Bau vier kleinerer Einheiten (Torpedobootzerstörer und Truppenbegleitschiffe). Der dafür bestimmte Sonderkredit beträgt 40 Millionen Franken, wozu noch die im ordentlichen Budget für Neubauten eingelegten Summen zu rechnen sind.

Was die Sowjetunion von Frankreich fordert

Schuldenerkennung gegen französische Staatsgarantie für Kredite? Die russisch-französischen Verhandlungen über die Normalisierung des Warenverkehrs zwischen Frankreich und der Sowjetunion haben heute in Paris begonnen. Die französische Delegation steht unter Führung von Ministerialdirektor Eichel vom Handelsministerium. Wie man hört, gebietet die französische Regierung das im Oktober vorigen Jahres eingeführte Importzollsystem für russische Waren aufrecht zu erhalten. Ueber diese Frage soll bereits während der Vorverhandlungen Lubimow und Dmolajski Mitte Mai in Paris mit französischen Regierungsvertretern eine Einigung erzielt worden sein. Russischerseits beabsichtigt man die Frage französischer Auslandskredite in den Mittelpunkt der Besprechungen über die Sowjetaufträge in Frankreich zu stellen. Die Russen fordern eine Garantie der französischen Regierung für die russischen Kredite nach dem Muster der deutschen Reichsausfallbürgschaft für Auslandskredite. Die Sowjetdelegationen haben durchdringend gefordert, daß ein solches Entgegenkommen der französischen Regierung eine Anerkennung der russischen Kriegsschulden durch die Sowjetregierung ermöglichen könnte. Für diesen Fall soll Dmolajski, der Führer der Sowjetdelegation, den Auftrag haben, das von Rakowski vor vier Jahren vorgeschlagene Tilgungsschema (62 Annuitäten zu je 60 Millionen Goldfranken) erneut in Vorschlag zu bringen. Sollte es dazu kommen, so werden die russisch-französischen Verhandlungen auf kurze Zeit unterbrochen, um die beiderseitigen Delegationen durch entsprechende Sachverständige zu ergänzen.

Mussolini gegen Stenogramm

Das italienische Innenministerium hat den Verkauf des Buches von Remarque „Der Weg zurück“ in Italien verboten. Die gesamte Auflage der italienischen Ausgabe wurde gesperrt und eingezogen.

Der bürgerliche Linksbloß in Frankreich

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerlichen Linksparteien der Kammer, die sich zu einem Linksbloß zusammenschließen, wählten am Mittwoch einen Vorstand. Gewählt wurden unter anderem Herriot, Chabrun und Guernut. Außerdem wurde eine Kommission eingesetzt, die ein Programm für eine gemeinsame Aktion des Linksbloßes inner- und außerhalb des Parlamentes ausarbeiten soll. Die Sozialisten, die vor Ostern aufgefordert wurden, dem Bloß beizutreten, haben sich noch nicht entschieden.

Holland im Dienst der Faschisten

Amsterdam, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die für Dienstag vorgesehene Rundfunkrede des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, über Matteotti wurde durch den niederländischen Rundfunk-Kontrollausschuß verboten. Das Verbot ist ein besorgniserregendes Armutszeugnis für die Behörden. Der Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie richtete an die Regierung ein Protesttelegramm, in dem er betont, daß das Verbot eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte sei, die die Regierung zu wahren habe. Der Innenminister erklärte, man habe in der Rede Schevenels eine Gefahr für die Sicherheit des Staates erblickt.

Brüning und Curtius wieder zurück

Der Reichsminister und der Reichsaussenminister sind am Mittwoch nachmittag nach Berlin zurückgekehrt. Am Donnerstag vormittag werden sie das Kabinett über ihre Besprechungen in Chequers informieren. Im Zusammenhang damit wird die innen- und außenpolitische Lage erörtert werden. Nachmittags beabsichtigt der Reichsminister, die Parteiführer zu empfangen. Am Freitag reist er zur Information des Reichspräsidenten nach Meudon.

Ueberbrückungskredit für das Reich

Augenblicklich finden zwischen dem Reich und der Reichsbank Verhandlungen zwecks Beschaffung eines Ueberbrückungskredites in Höhe von 250 Millionen Mark statt. Der Kredit soll mehrere Monate in Anspruch genommen werden und vor allem zur Ueberbrückung der in den letzten Monaten des Haushaltsjahres regelmäßig spärlich eingehenden Einnahmen entstandenen Schwierigkeiten dienen.

Das ist die Vaterlandsliebe der früheren Fürsten

Braunschweig, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Herzog von Braunschweig weigert sich den auf ihn entfallenden Zuschuß zum Landesmuseum und zur Landesbibliothek in Wolfenbüttel von 70 000 Mark jährlich zu zahlen. Er begründet die Weigerung mit seiner finanziellen Notlage. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb an den Volksbildungsminister Dr. Franzen die Anfrage gerichtet, was er zu tun gedenke, um die Schließung der beiden wichtigen Kulturinstitute des Landes Braunschweig zu verhindern. Gleichzeitig fragt die sozialdemokratische Fraktion, ob der Staat beabsichtige, den ehemaligen Herzog von Braunschweig zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten.

Der Herzog, der zu den reichsten Personen Deutschlands gehört, kann die 70 000 Mark Verwaltungskostenzuschuß zweifellos mühelos aufbringen, zumal er erst 1925 vom Lande Braunschweig 53 000 Morgen Land mit drei Schlössern und vier Domänen als Abfindung erhalten hat. Die Weigerung des Herzogs erfolgt wahrscheinlich nur in der Absicht, vom Landtag die Zustimmung zu dem Verkauf des berühmten Bildes von Vermeer „Das Mädchen mit dem Weinglas“ zu erzwingen.

Nazilandtagspräsident in Oldenburg

Die alte Regierung bleibt unter Duldung der Nazis Oldenburg, 11. Juni. (Eigener Funktbericht.) Der oldenburgische Landtag wählte mit 34 von 48 Stimmen den Nationalsozialisten Eichler zu seinem Präsidenten. Die Wahl erfolgte, erst nachdem die Nationalsozialisten erklärt hatten, daß der von ihnen präferierte Präsident bereit sei, die Verfassung zu respektieren und die Geschäftsordnung überparteilich zu handhaben.

Im Verlaufe der ersten Sitzung gab der Ministerpräsident die Erklärung ab, daß die Regierung sich an keine Partei gebunden fühle und es deshalb trotz des Ausganges der Landtagswahlen für ihre Pflicht gehalten habe, im Amte zu bleiben, zumal es zweifelhaft sei, ob das neue Parlament umhande sei, eine neue Regierung zu wählen. Die Nationalsozialisten erwiderten, daß durch den Ausgang der Wahlen die Möglichkeit einer Neubildung der Regierung nicht gegeben sei und sie deshalb die gegenwärtige Staatsregierung bis auf weiteres dulden würden.

Die Franzen-Naziwirtschaft vor der Pleite

Braunschweig, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalsozialistische Regierung Braunschweigs steht vor der Pleite. Ihr Finanzminister erklärte am Mittwoch im Haushaltsanschluß, daß er selbst Ausgaben, die vom Landtag bereits beschlossen seien, nicht mehr ausführen werde und neue Ausgabenbeschlüsse nicht mehr annehmen könne. Es seien für Braunschweig weder in- noch ausländische Kredite zu erhalten.

Wasserstand

	10. 6.	11. 6.	10. 6./11. 6.
Werra (Halle)	1.08	1.12	Kantern (Unter-Regel) ... 2.20/2.24
Werra (Göttingen)	0.43	0.48	Döhmeritz ... 1.35/1.47
Werra (Hildesheim)	1.72	1.78	Affinghausen (Hildesheim) ... 80/86
Werra (Hildesheim)	2.20	2.28	Wittberg vom 9. 6. ... 0.66/0.66
Werra (Hildesheim)	1.66	1.60	Wasserstände 193



Breslauer Nachrichten

Wie brütet unter dem Filzhelm

„Der Frontkämpfer“ weiß, daß unter dem Helm die Hitze einer verlor dadurch seine Haare, ein anderer auch den Mund. Letzteres äußert sich bei vielen in Verwechslungen von Art, daß man eine Filzmütze für einen Stahlhelm ansieht. Verwechslungen erstrecken sich aber auch auf das politische-wirtschaftliche Gebiet, wie folgender Brief beweist:

Wilhelmshaven, den 7. Juni 1931.

In den Vorlag der Volkswacht

Breslau 2.

Als Stahlhelmer habe ich mir von einem vorzigen Kameraden Zeitungen aller Richtungen kommen lassen, die den Reichsfrontkämpfer behandelt. Und da fällt mir Ihr Artikel „Abzahlungsrab bei Singer-Maschinen“ auf. Verheimlichen Sie Ihren Anhängern nun aber, daß Singer einer der „Größen“ Ihrer Partei war, daß gerade Singer es war, der sein Personal bis zum Neuzug aus-lassen Sie nicht den Fridericus? Der hat doch vor einigen Monaten die Firma Singer genügend behandelt. Ihr Wert ist es von Ihnen, daß Sie die Firma, deren Gründer Ihr Mann war und die wir heute nicht mehr als eine Firma ansehen können, an den Pranger stellen, aber auch bitte vollständig. Der deutsche Arbeiter hat bald genug von Ihren Verdummungsmethoden.

Hochachtungsvoll

W. Paul.

Also unseren verstorbenen Berliner Reichstags-geordneten Paul Singer verwechselt der brave Stahlhelmer mit der amerikanischen Nähmaschinen-Fabrikantenschaft Singer. Man sieht, daß hier die brütende Hitze eine Art Gehirnerweichung hervorgerufen hat. Deshalb mir Herrn Paul, schleunigst den Filzhelm abzunehmen und einen Eisbeutel auf den Kopf zu legen. Hoffentlich ist ihm so zu helfen, andernfalls würde die Verblödung rasch weitere Schritte machen und eine Katastrophe wäre unvermeidlich.

Die Wohlfahrtserwerbslosen

Breslau an der Spitze aller Großstädte

Ueber die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in Breslau ist in letzter Zeit mehrfach berichtet worden. Serie sollen die Breslauer Erwerbslosenzahlen den für andere deutsche Großstädte gegenübergestellt werden. Als Unterlage dazu sei ein in Nr. 19 der Statistischen Korrespondenz veröffentlichter Bericht, in dem die für Ende März dieses Jahres ermittelten Zahlen mit den Zahlen für Ende April verglichen werden. Der Bericht enthält sowohl die absoluten, als auch die pro 1000 Einwohner berechneten Zahlen der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen. Danach steht Breslau der absoluten Zahl nach an 2. Stelle im Deutschen Reich. (Am 30. April wurden in Berlin 151 351 in Breslau 30 436; an 3. Stelle folgt mit 18 903.)

Ungerechnet auf je 1000 Einwohner steht aber Breslau mit seinen Wohlfahrtserwerbslosen bei weitem an der Spitze von allen Großstädten des Reiches.

Es entfielen u. a. auf je 1000 Einwohner am 30. April dieses Jahres: in Breslau 50,91 (am 31. März: 42,67), in Berlin 37,64 (30. April: 33,61 (32,11), in Köln 27,00 (25,38), in Königsberg 26,86 (25,87), in Stuttgart 23,97 (18,35), in Hindenburg 20,72 (20,00), in Altona 19,55 (18,98), in Essen 18,26 (16,68) in Aachen 8,49 (7,93) Wohlfahrtserwerbslose. Es zeigt sich aus dieser Uebersicht — die nicht mit aufgeführten Städte weisen dasselbe Bild auf — daß, abgesehen von der Höchstzahl in Breslau auch mit Bezug auf die Steigerung der Verhältniszahlen von Ende März bis Ende April an 1. Stelle steht und daß die wesentliche Rückgang der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nur in Essen zeigt.

Straßenbahn über den Reichspräsidentenplatz

steht sich im Jahre 30 000 Mark billiger

Die Stadtverordnetenversammlung wird heute unter anderem darüber zu entscheiden haben, ob die Straßenbahn auch in Zukunft weiter um den Reichspräsidentenplatz herumfahren soll, ob sie ihn im Zuge der Kaiser-Wilhelm-Straße überfahren soll.

Die Gründe, die für diese Veränderung sprechen, sind hauptsächlich wirtschaftlicher Natur. Da in letzter Zeit eine Erneuerung der Schienen und der Drahtleitungen auf dem Reichspräsidentenplatz vorgenommen werden muß, will die Verwaltung damit zugleich die Aenderung der Linienführung verbinden.

Es ist nicht uninteressant, einmal die Ersparnisse zu betrachten, die sich mit der gradlinigen Ueberführung des Platzes verbinden. Da ist zunächst der Weg über den Platz 180 Meter länger, als der um den Platz. Das bedeutet bei den drei am Reichspräsidentenplatz verkehrenden Linien 2, 12 und 22 nach dem jetzt geltenden Fahrplan eine Wegersparnis von 600 bis 800 Mark Kosten und da das Straßenbahnjahr 365 Tage dauert, bedingt diese Aenderung eine Ersparnis von rund 200 000 Mark im Jahre. Diese Summe bezieht sich aber nur auf die Fahrlosten. Bei gradler Linienführung über den Platz bedingt die Gleise eine Lebensdauer von etwa 20 Jahren, während bei der Rundführung die Abnutzung wesentlich stärker ist, und eine Erneuerung bereits nach 10 Jahren erforderlich wird. Eine Erneuerung der 460 Meter langen graden Straße kostet 35 000 Mark, während die Schienenverlegung der 640 Meter langen Rundstraße einen Kostenanstieg von 78 000 Mark erfordert.

Die einmalige Gleislegung über den Platz ist freilich teurer, weil ja dazu eine Unterbettung des Bahnhofs erfolgen muß, was ferner auch einige Aenderungen an den gärtnerischen Anlagen des Reichspräsidentenplatzes vorgenommen werden müssen. Inwieweit diese Neuanlage mit ihren 73 000 Mark Kosten noch unter der Gleisauswechslung der Rundstraße um 5000 Mark billiger. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei der Neuanlage über den Platz ein wesentlich größerer Teil der Kosten als Arbeitslohn

Die Lügen der Arbeiterzeitung!

Die täglichen Phantasie-Berichte über unsere Partei

In den letzten Wochen hat die „Arbeiterzeitung“ wiederholt Berichte und Nachrichten gebracht, die das Maß üblicher tendenziöser Berichterstattung dieses Blattes noch weit über-treffen. Anscheinend glaubt diese Zeitung, daß jetzt wieder einmal für sie die Zeit gekommen ist, wo sie, wenn nicht auf reguläre Weise, doch durch böswillige Verleumdung und Auf-hebung die Arbeiter gegeneinander aufwiegeln kann.

Bezeichnend für den Erfindungsgeist dieses Blattes ist es, daß es z. B. bei der Berichterstattung über den Leipziger Parteitag im Anschluß an das Referat Tarnows einen Auszug aus einer Rede des Genossen Sacke gebracht hat, die dieser niemals gehalten hat. Diese Rede war mit allen Einzelheiten wieder-gegeben worden; sie ist frei erfunden.

Wesentlich schwerer wiegt es und es grenzt an Dema-gogie, wenn die „Arbeiterzeitung“ am Montag, dem 8. Juni 1931, auf der ersten Seite ihres Blattes unter großer Auf-machung die Nachricht gebracht hat, es seien 23 Mitglieder der SPD, des Distrikts 15 aus der Partei ausgetreten und in die KPD eingetreten. Es sei ausdrücklich und mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß an dieser Nachricht nicht ein einziges wahres Wort ist. Alles ist aus den Fingern gezogen.

Am größten sind jedoch die Lügen, die sich die „Arbeiter-zeitung“ in der Mittwoch-Ausgabe über die Abteilungsveramm-

lung Nikolaiter leistet. In diesem Bericht ist auch nicht ein Wort wahr. Es zeugt von einem Höchstmaß von Verleumdung und Berlogenheit, wenn in diesem Bericht behauptet wird, die Abteilungsverammlung habe den Eintritt in die KPD ge-fordert. Es ist nicht wahr, daß Genosse Ziegler die Forderung aufgestellt hat, man müsse auch fernerhin die Brüning-Regierung tolerieren; das Gegenteil ist richtig. Genosse Ziegler war alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß der Kampf gegen die Notverordnung mit Entschiedenheit durchgeführt werden müsse und daß es eine Tolerierung der Regierung Brüning in diesem Punkte nicht geben könne. Ebenso erlogen ist es, daß Genosse Thrales zum Eintritt in die KPD aufgefordert haben soll. Auch hier kann allerhöchstens der Wunsch der Vater des Gedankens gemeint sein. Richtig ist nur, daß am Schluß der Versammlung eine Resolution angenommen wurde, die gegen die letzte Not-verordnung als Ausdruck einer sachlichen Gesetzgebungsmethode protestiert, jede weitere Duldung dieser Regierung mißbilligt und eine entsprechende Stellungnahme der Vertreter in Partei und Gewerkschaften erwartet.

Man mag noch so sehr versuchen, im Kampf gegen den Klassengegner die Diskussion mit der kommunistischen Partei in vornehmer Form zu führen; die Berichterstattung der „Arbeiter-zeitung“ in der vergangenen Zeit macht, wie sich aus dem oben dargelegten ergibt, das mit der Zeit unmöglich. R. D.

Neue Notstandsarbeiten in Breslau

Ein großes Programm — und es bedeutet gar nichts!

Den Stadtverordneten liegt heute eine umfangreiche Vorlage auf Bewilligung von Notstandsarbeiten vor. 55 355 Tagewerte sollen ausgeführt werden. Das hört sich recht gut an, bedeutet aber im Durchschnitt nur einen Tag Arbeit für jeden der Breslauer Erwerbslosen. Von irgendeiner jäh-lbaren Linderung der Not kann mithin keine Rede sein. Im-ganzen werden es 471 Arbeiter sein, auf die sich die 55 355 Tage-werte verteilen, und die auf diese Weise auf einige Zeit Be-schäftigung erhalten. 151 Mann sollen bei der Regulierung der Höhe und 30 Mann bei der Regulierung der Schallene beschäftigt werden. 40 Mann finden Beschäftigung bei der Herichtung von Fuß- und Radfahrwegen von Neuhau-s bis Dittwik und an der Oswiger Straße. 74 Mann werden an den Verbindungswegen Ohlelauffweg bis Jedlich, Maffelwitzer Wald bis Ranfener Straße und an der Herstellung der Zufuhrstraße zum Opperauer Bad arbeiten. An den Rustestraßern in Ranfener werden 90 Mann mit der Herstellung von Kiesfeldern und in Weiden-hof und Ranfener 46 Mann mit der Herstellung von Gräben be-schäftigt werden. Schließlich finden noch 40 Mann Arbeit mit

dem Neubau der baufälligen Holzbrücke über die Weißtrich in Goldschmieden und mit der Zurückverlegung des Deiches. Die Gesamtkosten werden sich auf 1 219 000 M. belaufen. Davon erhält die Stadt an Grundförderung 166 095 Mark. Als verstärkte Förderung soll ein Darlehn von 631 830 Mark aus Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge in Anspruch genommen werden. Der städtische Zuschuß beträgt mithin noch 421 075 Mark.

Es handelt sich diesmal um Arbeiten, die ohnedies nötig sind, die eigentlich aus Statmitteln auszuführen gewesen wären, die aber wegen Geldmangel hätten unterbleiben müssen. So liegen sie nun in dieser Notzeit unter dem Begriff der Notstandsarbeiten. Nehmliche Arbeiten hätten wir in Breslau noch recht viel, doch der Geldmangel verhindert ihre Ausführung. Der Begriff der Notstandsarbeiten beginnt seinen Sinn völlig zu verlieren, denn sonst verstand man darunter solche Arbeiten, die zurzeit nicht unbedingt nötig waren, die man aber in Angriff nahm, um Menschen zu beschäftigen. Heute werden selbst aller-notwendigste Arbeiten zu Notstandsarbeiten gestempelt. Wann werden wir aus diesem irrsinnigen Zustande wieder heraus-kommen?

in Frage kommt, als bei der Gleisauswechslung der Rundstraße. Alle diese Gründe deuten darauf hin, daß die Stadt-verordnetenversammlung dieser Straßenbahnverlegung über den Reichspräsidentenplatz ihre Zustimmung geben dürfte.

Am 0.08 Quadratmeter

Eine Angelegenheit, die an Schilda und seine Schildbürger erinnert, aber auch eine andere Seite hat

Am Luisenplatz befindet sich bekanntlich das Fernheizwert und die Rückfront des Grundstücks grenzt an das Haus Friedrichstraße 16, das dem Maurermeister Richard Schor aus der Augustastrasse gehört.

Bei den Bauausführungen für das Fernheizwert hat es sich nun ereignet, daß die Grenze des Grundstücks Friedrichstraße 16 um genau fünfundsiebzig Tausendstel Quadratmeter verlegt worden ist. Wie groß diese Fläche ist, läßt sich einigermaßen errechnen. Die „Volkswacht“ einmal zur Hälfte zusammengelegt, wie sie aus der Maschine in die Wohnung des Lesers kommt, mißt etwa einund-siebzig Tausendstel Quadratmeter. Es ist also leicht vorstellbar, wie groß die Grenzverletzung beim Grundstück des Herrn Schor ist. Dabei soll ein dem Ausmaß entsprechendes Stück Grenzmauer abgerissen und ein Teil eines Pferdealtarsdaches in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Das Katasteramt mußte mobilisiert werden und durch eine Vermessung feststellen, daß achtzig Tausendstel Quadratmeter in Betracht kommen und um des lieben Friedens willen ist sich der Magistrat einig geworden, das Land-stück von reichlich halber „Volkswachtgröße“ zu kaufen. Die heutige Stadtverordnetenversammlung soll diesem Kaufangebot beitreten und dafür 650 Mark (in Worten sechs-hundertfünfzig Mark) zuzüglich der entstehenden Nebenkosten be-willigen. Und das ist nämlich die andere Seite. Wenn 0,08 qm bei Herrn Schor 650 Mark kosten, dann ergibt sich ein Quadrat-meterpreis von 8 125 Mark. Man kann nicht sagen, daß das etwa gerade billig wäre.

Die Heerschau ist vorbei

Da marschiert das Fähnlein wieder unter sich

Am Dienstag abend sollte wieder eine „nationale Welle“ über Breslau hinwegrauschen. Leider haben die meisten Bres-lauer nicht das Geringste gemerkt. Der Stahlhelm marschierte nämlich wieder einmal. Es war zwar kein Reichsfrontkämpfer, aber immerhin marschierte die Kreisgruppe Breslau-Stadt auf und hatte sich auch die Mannen aus den Vororten hereinbeordert aus Brodau, Karlowitz usw.

Man kann es kurz machen. Einschließlich der Kapelle und der diversen Kommandeure „wälzte“ sich die ungeheure Masse von 376 (in Worten dreihundertsechundsiebzig) Stahlhelmlern durch einige Straßen. Am Feldfriedhof, wo sich der Zug auflöste, standen die Luifen und waren ganz verdattert, daß das alles aus Breslau war. Und erst die Marschierenden waren wild. Aus mancher Unterhaltung hörte man die Wit-heraus, daß man nun wieder in all der Kläglichkeit aufmarschieren müsse. Wahrscheinlich hätten die Schimpfenben am liebsten den aus ganz Deutschland verammelten Stahlhelm für alle Zeiten dabehalten, um nicht zeigen zu müssen, wie armelich das Bres-lauer Fähnlein der „großen Armee“ aussieht. Die „Schleifische Zeitung“ aber, die den Reichsdammaraufmarsch vom Sonntag als kläglich hinstellte, brachte es dennoch fertig, aus dem Marsch der 376 eine imposante und wichtige Angelegenheit zu machen.

Allehand Wissenwertes vom Straßenverkehr

für Fahrzeugführer, Radfahrer und Fußgänger

Der Gesamtverband hatte dieser Tage seine Mitglieder nebst Angehörigen nach dem großen Saale des Gewerkschaftshauses ge-laden, wo Herr Polizeipräsident Nitschke einen wissenschaftlichen Vortrag über „Die neue Polizei-Verkehrsordnung“ hielt. Einleitend gab er einen Ueberblick über den Aufbau der einzelnen Verordnungen, die mehr und mehr der Einseitigkeit zutreiben. Regelt eine Oberpräsidialverordnung die Verkehrsverhältnisse für die Provinz, so verfolgt den gleichen Zweck örtlich die Verkehrsordnung des Herrn Polizeipräsidenten. Neben der Straßenverkehrsordnung besteht ferner eine Ver-ordnung über den Schienenfahrzeugverkehr in der Stadt Breslau und als dritte dürfte bald eine neue Straßenordnung hinzu-kommen. Nach diesen einleitenden Ausführungen wurden die einzelnen Abschnitte der Straßenverkehrsordnung einer näheren Betrachtung unterzogen. Unter Abschnitt A ist besonders hervor-zuheben, daß in Verkehrsstraßen erster Ordnung — kenntlich gemacht durch zwei stehende Bierke mit roter Um-randung — das Parken und Wenden von 9—20 Uhr verboten ist. Bei den Lichtsignalen bedeutet: rotes Licht: Sperren; grünes Licht: freie Fahrt und gelb als Achtungszeichen. Auch die Fußgänger haben diese Zeichen zu beachten und dürfen Straßen-kreuzungen nur in der freigegebenen Richtung überschreiten. Bei Nichtbeachtung erfolgt Bestrafung.

Ein weiterer Abschnitt umfaßt den Fuhrwerks-verkehr. Neben der Lastenverteilung wird bestimmt, daß der Lenker eines Gespannes 16 Jahre alt sein muß. Bei Ausfahren aus Grundstücken und beim Einbiegen aus einer in eine andere Straße muß Schritt gefahren werden. In Einbahnstraßen darf die Fahrbahn in voller Breite benutzt werden, doch sollen lang-same Fahrzeuge möglichst die äußerste rechte Seite der Fahrbahn einhalten. Vorfahrtsrecht haben alle Fahrzeuge auf einer Straße erster Ordnung, gegenüber denen aus einem Nebenweg kom-menden, in allen anderen Fällen das von rechts kommende Fahr-zeug. Hierbei eruchtet der Referent nicht allzusehr auf das Vor-fahrtsrecht zu pochen, sondern es soll und muß zur Vermeidung von Unfällen jeder entsprechende Rücksicht auf andere Wege-benutzer nehmen. An Haltestellen der Straßenbahn und der Kraftomnibusse darf innerhalb 10 Meter vor und 30 Meter hinter den Haltestellenschildern nicht gehalten werden. Verboten ist, das Fahrrad auf der Gehbahn zu führen, mit umgekehrter Lenkstange zu fahren, gleichzeitig beide Füße von den Pedalen oder beide Hände von der Lenkstange zu nehmen, Tiere an einer Leine mitzunehmen und Handwagen oder Kinderwagen an das Fahrrad anzuhängen. Auf den Straßen erster Ordnung ist das Nebeneinanderfahren verboten, auf den anderen Straßen dürfen nur zwei Radfahrer nebeneinander fahren. Ferner wäre noch aus den Bestimmungen für Fußgänger hervorzuheben, daß Fuß-gänger gleichfalls die rechte Seite der Gehbahn einzuhalten haben, die Fahrbahn im rechten Winkel überschreiten müssen, auf der Gehbahn nicht mehr als drei Personen nebeneinander gehen dürfen und daß verkehrshindendes Stehenbleiben auf der Gehbahn ver-boten ist. Eltern, Erzieher und sonstige Personen, denen die Be-aussichtigung von Kindern anvertraut wird, sind verpflichtet die Kinder von Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung abzu-halten.

Am Schluß seiner außerordentlich interessanten Aus-führungen eruchte der Referent die Anwesenden alles daran-zusetzen, um ein besseres gegenseitiges Verhalten im Verkehr durch

PIXAVON SHAMPOON 25%
selbst für das hellste Blond

gegenseitige Belehrung und entsprechende Rücksichtnahme zu erreichen. Im Anschluß daran erfolgte die Vorführung des Verurteilten, der die Ausführungen des Referenten aufs witzigste unterstüzte.

Mißglückter Auffprung auf die Straßenbahn

Als gestern nachmittag der Haushälter K. aus der Grünhagener Straße 14 am Königsplatz auf einen fahrenden Straßenbahnwagen aufzuspringen versuchte, kam er zu Fall, wurde einige Meter mitgeschleift und dabei am Arme erheblich verletzt, so daß er in das Allerheiligsten-Hospital geführt werden mußte.

Schwerer Unfall eines Radfahrers

Gestern abend wollte der auf seinem Rade fahrende Arbeiter K. aus Stadelwitz von der Frankfurter Straße in die Bärenstraße einbiegen und wurde dabei von einem Kraftwagen, der rechts an ihm vorbeifahren wollte, ungerissen und so unglücklich zu Boden geschleudert, daß er bestimmungslos liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt veranlaßte sofortige Einlieferung in das Allerheiligsten-Hospital, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Der Verletzte hatte bis heute früh das Bewußtsein nicht zurückerlangt und schwebt in Lebensgefahr.

Familientragödie

In seiner Wohnung im Hause Mehlstraße 29 ist gestern abend der Betriebsleiter Willi K. tot aufgefunden worden. Er hatte sich mit Leuchtgas vergiftet, weil gegen ihn eine Klage wegen Verstoßes gegen die Hausordnung eingeleitet werden, weil sich eine geistige Umanthung bemerkbar machte.

„Raff“ 1931 im Stadion

Mit Riesenschritten nähert sich der Termin, an dem Breslaus Arbeiterportier ihren größten Massenportier-Vertrag abhalten. Wie alle Jahre, so ist auch in diesem Jahre das Stadion ausverkauft, tausende von Sportlern und Sportlerinnen in friedlichem Wettstreit zu beherbergen. Es kann nur empfohlen werden, sich die Eintrittskarten zu dieser Massenveranstaltung im Vorverkauf zu besorgen. Vorverkaufsstellen sind: Sportzentrale Schleien, Friedrich-Wilhelm-Straße 47, Fahrradhaus „Frisch auf“, Büro des Arbeiter-Sportartells, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, alle Läden des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“, Zigarrenhaus J. Hübler, Matthiasstraße 100, Lindcar-Fahrradhaus, Feldstraße 24, Gewerkschaftshaus-Restaurant, Margaretenstraße, Volkswacht-Buchhandlungen, Neue Graupenstrasse und Klurstraße, Barasch, Ring, Volksbühne, Albrechtstraße. Desgleichen sind Karten bei sämtlichen Arbeiter-Sportvereinen zu haben. Der Vorverkaufspreis beträgt 50 Pfennig, an der Kasse 70 Pfennig. Erwerbslose haben nur an der Kasse Ermäßigung.

Scheitnis und Odekor

Sind die Stadtteile, in welchen in diesem Jahre die Straßenläufe des Arbeiter-Sportartells als Bortpropaganda zum „Raff“ zum Austrag kommen. Die Breslauer Arbeiter-Sportlergesellschaft wird bereits an diesem Sonntag durch Massenbeteiligung und Hauptversammlung zeigen, wo Massenpartei betrieben wird. Das Wettbewerbsergebnis zu den Straßenläufen ist ein gutes, so daß in diesen beiden Stadtteilen zahlreiche Sportler für die Idee der Arbeiter-Sportbewegung werben werden.

Einbruch bei Arbeiterportieren

Am Bootshaus der Freien Rudervereinigung wurde in der Nacht vom 5. zum 6. Juni in das Motorboot des Arbeiter-Sportartells eingebrochen, sowie ein Handlahn eines Sportschiffes und neue Bretter von dem dortigen Floß entwendet. Es ist eine besondere Gemeinheit, mühsam erworbene Gegenstände von Arbeitern zu entwenden.

Neue Zeitung im Lananapart-Morgenau

Das bekannte Etablissement der „Lananapart“-Morgenau, welches bisher unter Bewirtschaftung des Herrn Strachotta stand, hat eine neue Leitung erhalten. Wie wir erfahren, ist der neue Leiter des Unternehmens, Herr Georg Scholz, der bestkennnte Feilen der Breslauer Bevölkerung durch seine langjährige Tätigkeit als Geschäftsführer des Südpark-Restaurants bekannt ist. Das Bestreben des Herrn Scholz wird sein, den „Lananapart“ wieder auf seine alte Höhe zu bringen und zum bestbetreten Lokal der gesamten Breslauer Einwohnerschaft zu machen. Herr Scholz übt zurzeit seine Tätigkeit als vom Gericht befreiter Treuhänder aus.

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe?

Juristische Sprechstunde

Mittwoch und Sonnabend von 15 bis 16 Uhr, Redaktion „Volkswacht“, Eingang Brandplatz. Es wird nur Rechtsanwältin, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftliche werden nicht angefertigt. Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn Rückporto beiliegt.

Spezialberatung

Sprechstunden jetzt Klurstraße 4, Hof 2 Treppen, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 8 1/2 Uhr abends. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsunterstützung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben nicht erforderlich.

Erziehungs- und Jugendberatung

Klurstraße 4, Hof 2 Treppen, Telefon 545 20. Anstufte in Erziehungsfragen an Eltern und die heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr.

Hauspflege der Arbeiterwohlfahrt

Übernahme von Familienpflege durch Hauspflegerinnen mit und ohne krankheitsmäßige Verbindung täglich von 10 bis 15 Uhr. Anfragen Klurstraße 4, Hof 2 Treppen, Telefon 577 66.

Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosenkommission der SPD Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 18. Sprechstunden jeden Tag außer Sonnabend und Sonntag. Bei Anfragen von auswärtig wird gebeten, Rückporto beizulegen.

Allgemeine Wohlfahrtsangelegenheiten

Sonntags Sprechstunden der Allgemeinen Wohlfahrtskommission (Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten). Die Nachhilfe für jugendliche Erwerbslose, die in den Berufsausschüssen in Folge der Kriegsverhältnisse abgehalten werden, werden es erforderlich, die Sprechstunden der Allgemeinen Wohlfahrtskommission zu besuchen. Die Sprechstunden finden jetzt täglich von 11 bis 13 Uhr statt, außer Freitag und Sonnabend.

Wir müssen aber darauf hinweisen, daß im Interesse der nachgehenden Arbeit und der zeitigen Aufklärung der Wohlfahrtskommission die Sprechstunden streng unentgeltlich werden müssen. Der 11. Juni kann ebenfalls in die Beratung der Wohlfahrtskommission einbezogen werden und 13. Juni. Wir bitten unsere Mitglieder, die Sprechstunden zu besuchen.

Mitgliederverkündigung der Kinderfreunde

Freitag, den 12. Juni, findet im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, die Mitgliederverkündigung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde statt.

Thema:

1. Zeltlager in Gefahr! Was nun?
2. Unsere Ferienarbeit.
3. Organisationsangelegenheiten. Erhebung des Besichtigungs- und Eintrittsbeitrages.

Alle unsere Elternmitglieder erwarten wir in der dringend gewordenen Versammlung. Mitgliedskarten mitbringen.

Erweiterter Parteivorstand

Montag, den 15. Juni, 19.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, eine Sitzung des Erweiterten Parteivorstandes statt.

Das Fest der Jugend

veranstalten SAJ und Kinderfreunde Größten Sonntag, den 14. Juni, auf dem Loheparkplatz am Ende der Groß-Machberger Straße. Beginn des Festes 14 Uhr. Die Stunden werden uns wieder so schnell verfliegen wie im Vorjahr, da das Programm eine Menge Ueberraschungen enthält. Zur Unkostendeckung zahlt jeder 15 Pf.

Protest des Reichshandelsverbandes für Handel und Gewerbe gegen die Notverordnung

Der Reichshandelsverband für Handel und Gewerbe, Landesverband Schlesien, hat in seiner Vorstandssitzung beschlossen, ganz energig Protest gegen die neue Notverordnung zu erheben. In einer Entschließung wird darauf hingewiesen, daß durch neue Steuern oder Erhöhung der Steuern die Wirtschaft nicht neu belebt werden kann. Dringend wird davor gewarnt, erneut eine Herabsetzung der Beamtengehälter, besonders in den mittleren und kleineren Gruppen durchzuführen. Dies würde dazu führen, daß gerade in den unteren Gruppen eine sehr erhebliche Entschärfung der Lebenshaltung eintritt und dadurch nicht nur die Beamtenschaft verärgert wird, sondern die ganze Wirtschaft darunter leidet. Wenn man schon an die Beamteneinkünfte herangeht, dann muß man die Beamten über 1000 Mark, vielleicht schon über 800 Mark mit einer erheblichen Herabsetzung bedenken. Zum Schluß heißt es: Der Reichshandelsverband für Handel und Gewerbe verfolgt keine politische Richtung, aber er erhebt seine warnende Stimme, jetzt wo es vielleicht noch Zeit ist, das Schlimmste abzuwenden.

Die Feuerwehr ist im Monat Mai

148mal ausgerückt, und zwar zu 3 Großfeuern, 4 Mittelfeuern, 17 Kleinfeldern, 18mal zu Hindernis Alarm, 4mal zu böswilligen Alarmen, 7mal zu Wasserhähnen und 2mal zu anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankenwagen sind ausgerückt in der Stadt zu Unfällen 184mal, zur Krankenbeförderung 640mal, nach außerhalb 4mal. Es sind in diesen 808 Fahrten zusammen 6218 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwachen wurden 30mal in Anspruch genommen.

Breslauer Volkshochschule

Am Sonntag, den 21. Juni, findet die zweite diesjährige Kunstfahrt mit dem Hauptziel Glogau (Dom, Katholische Frauen) statt. Auf der Fahrt wird die evangelische Kirche in Malitz besucht, ferner Lüben, Barasch mit seinem Renaissance-Schloß, die Dorfkirche in Güttersdorf mit bemerkenswerten Grabsteinen des 16. Jahrhunderts, auf der Rückfahrt Rostersdorf mit dem Fachwerkbau der evangelischen Fachwerkkirche von 1645. Die Fahrt erfolgt im Autobus. Auskünfte und Anmeldungen durch Kunsthistoriker Bernhard Stephan, Lenaustraße 2, Tel. 364 71.

Luftfahrt Breslau-Konstantinopel

Zu der Beförderung als Luftfahrt sind alle Güter, welche den gewöhnlichen Beförderungsbedingungen entsprechen, zugelassen. Die Güter sollen in der Regel ein Gewicht von 100 Kilogramm pro Stück und in den Ausmaßen eine Größe von 100x50x50 Zentimeter nicht überschreiten. Größere Güter sind aber bedingt zugelassen. Auf einen Frachtbrief können fünf Frachtkübel gleichzeitig befördert werden. Auch Nachnahmeforderungen sind zugelassen. Die Auslieferung von Luftfrachtgütern erfolgt bei den Flugleitungen, den Speiditeuren und den Frachttannnahmestellen der Deutschen Lufttransport-Gesellschaft. In Orten ohne Flughafen erfolgt die Auslieferung bei der Expediturabfertigung der Eisenbahn, auf Luftfrachtbrief, von wo die Weiterleitung bis zum nächsten Flughafen vorgenommen wird. Die Weiterleitung von der Eisenbahn zum Flughafen erfolgt automatisch, ohne weitere Bemühungen für den Versender.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Schubert-Konzerte der Schiller-Gesellschaft. Das 5. Schubert-Konzert der Schiller-Gesellschaft findet morgen Freitag, Anfang 20 Uhr, unter Leitung von Hermann Seifert statt. Das Programm: Brahms: Akademische Fest-Ouverture; Liszt: Pastorale; Chopin: Polka; Capriccio italien; Schubert: Scherzo. Besondere Beachtung verdienen die Intentionen und die Schärfe der Spielweise. Besondere Beachtung verdienen die Intentionen und die Schärfe der Spielweise. Besondere Beachtung verdienen die Intentionen und die Schärfe der Spielweise.

Opern- und Schauspieltheater. Das 5. Schubert-Konzert der Schiller-Gesellschaft findet morgen Freitag, Anfang 20 Uhr, unter Leitung von Hermann Seifert statt. Das Programm: Brahms: Akademische Fest-Ouverture; Liszt: Pastorale; Chopin: Polka; Capriccio italien; Schubert: Scherzo. Besondere Beachtung verdienen die Intentionen und die Schärfe der Spielweise.

Handball-Vorjahr für den 14. Juni. Am kommenden Sonntag findet auf dem Stadion ein Auswahlspiel zweier Auswahlmannschaften Ermittlung der stärksten Städtevertretung, welche zur Weltmeisterschaft im August in Berlin teilnehmen sollen. Das Spiel wird um 15 Uhr im Stadion stattfinden. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Veranstaltungen. Freitag, den 12. Juni, findet im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, die Mitgliederverkündigung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde statt.

Karten für den roten Tag. Heute um 20 Uhr in der Turnhalle Anderschule zu erhalten. letzte Besprechung aller Teilnehmer. Abteilung Innere Stadt (Distrikte 19 und 34). Donnerstag, den 10. Juni, 20 Uhr, im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Referent: Genosse G. Abteilung Jünger. Freitag, den 12. Juni, 20 Uhr, bei W. Klurstraße, 20. Abteilung: Mitgliederbesprechung. Referent: Genosse G. Abteilung Mittelstadt. Freitag, den 12. Juni, 19 Uhr, findet eine Sitzung der Parteiführung am Stahlfabrikplatz statt. Sämtliche Parteimitglieder sind eingeladen zu dieser wichtigen Demonstration. Abteilung Südwest. Parteigenossinnen und Genossen! Wir bitten Sie, am Sonntag, den 14. Juni, um 10 Uhr, an der Demonstration gegen den Krieg am Stahlfabrikplatz teilzunehmen. Referent: Genosse G. Abteilung Südost. Freitag, den 12. Juni, 20 Uhr, bei Klurstraße, 20. Referent: Genosse G. Abteilung Ost. Freitag, den 12. Juni, 20 Uhr, bei Klurstraße, 20. Referent: Genosse G. Abteilung Nord. Freitag, den 12. Juni, 20 Uhr, bei Klurstraße, 20. Referent: Genosse G.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Färber und Färberinnen. Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, zum Bericht über das Mitgliederversammlungsprotokoll über Organisationsangelegenheiten. Sozialistischer Kampfband. Alle Genossen, die zum roten Tag nach Krieg fahren, treffen am Sonntag, den 14. Juni, in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr, zum Bericht über das Mitgliederversammlungsprotokoll über Organisationsangelegenheiten.

Sozialistische Studentenschaft. Heute spricht Genosse Oberstudienrat W. über „Die Arbeiterbewegung und ihre Grundlagen im heutigen Reich“. Ort: Schulstraße 28/31. Zeit: 20 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend. Kassierer und Obmann: Zu einer sehr wichtigen Sitzung heute 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8. Heute ist kein Abend, dafür 20 Uhr in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr, Zusammenkunft in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr, Zusammenkunft in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr.

Monistische Jugend. Heute 19.30 Uhr außerordentlich wichtige Mitgliederbesprechung in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr, Zusammenkunft in der Turnhalle Anderschule, Klurstraße 4, um 10 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde. Die 5. Schubert-Konzerte der Schiller-Gesellschaft findet morgen Freitag, Anfang 20 Uhr, unter Leitung von Hermann Seifert statt. Das Programm: Brahms: Akademische Fest-Ouverture; Liszt: Pastorale; Chopin: Polka; Capriccio italien; Schubert: Scherzo. Besondere Beachtung verdienen die Intentionen und die Schärfe der Spielweise.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Besichtigung des verstorbenen Kameraden Nikolaus Walter, 7. Straße 112, vom Banner 8 findet heute Donnerstag, 15.30 Uhr, im Stadion statt. Die Kameraden der einzelnen Banner mit ihren Kameraden treffen um 15 Uhr am „Rechten Feller“. Schiedsrichter: Herr Donnerstag, 15.30 Uhr, im Stadion. Die Kameraden der einzelnen Banner mit ihren Kameraden treffen um 15 Uhr am „Rechten Feller“. Schiedsrichter: Herr Donnerstag, 15.30 Uhr, im Stadion.

Arbeiter-Sport

Handball-Vorjahr für den 14. Juni. Am kommenden Sonntag findet auf dem Stadion ein Auswahlspiel zweier Auswahlmannschaften Ermittlung der stärksten Städtevertretung, welche zur Weltmeisterschaft im August in Berlin teilnehmen sollen. Das Spiel wird um 15 Uhr im Stadion stattfinden. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front. Die Spiele werden in 4 Abteilungen erwartet man die 1925er in Front.

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sportfest in Steinau. Bahnfahrer treffen sich nur am Sonnabend um 19 Uhr im Stadion des Hauptbahnhofs. Der Zug geht 20.05 Uhr. Fahrpreis 2.40 Mark. Das Fahrgeld muß am Sonnabend bis 19 Uhr bei den Bahnhöfen abgegeben werden. Radfahrer treffen sich Sonnabend, 17.30 Uhr, im Stadion.

Arbeiter-Sport-Karteil Breslau C. B.

Heute, 11. Juni, Nachbesprechung an den Straßenläufen, Stadion und Laufen im Stadion. — Sonntag, 14. Juni, 19.30 Uhr, Startnummern, Käufer und Fahrer. — Sonntag, 14. Juni, 19.30 Uhr, Startnummern, Käufer und Fahrer. — Sonntag, 14. Juni, 19.30 Uhr, Startnummern, Käufer und Fahrer.

Wahlmänner für unsere Zeit

Die Theaterpolitik in Preußen und ihre Auswirkungen in Niederschlesien

Geld für die Preussische Landesbühne?

Das wilhelminische Deutsche Reich hatte für soziale Kunstn...

Auch die neben den Hoftheatern vorhandenen Privattheater...

Die Theaterkrisis ist der Spiegel dieser gesellschaftlichen...

Was ist die „Preussische Landesbühne“? Kein selbständiges...

So führen denn die einzelnen Provinz-Landesbühnen aus...

Der richtige Weg zur Erlangung blendend weisser Zähne...

Ist dieser Betrag schon an und für sich ungenügend, so...

Von den 15 genannten gemeinnützigen Wanderbühnen ent...

Von der Arbeit des Schlesischen Landestheaters legt ein...

Der wirtschaftliche Aufstieg des Schlesischen Landestheaters...

Soll das Schlesische Landestheater verschwinden?

Alle Aufführungen haben — von wenigen Ausstellungen ab...

Am so nachteiliger müßte sich die in Aussicht genommenen...

Das bedeutet nichts anderes als eine Diktatur des Finanzministers...

Die Sparpolitik des Finanzministers ergeht aber erst im...

Polizei überwacht sozialdemokratische „Unfittlichkeit“

Kirche und Polizei gegen die Aufklärung der ländlichen Bevölkerung — Ungehöriger Uebergriff des Amtsvorstehers Seel — Amtlicher Hausfriedensbruch im Auftrag der Kirche?

Wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl verletzen...

Am Sonntag fand in Meleschowitz eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei...

Wie groß war aber das Erstaunen der Versammlungsteilnehmer, als sich ein Landjägerbeamter einstellte...

Der Versammlungsbemächtigte sich naturgemäß eine starke Erregung. Der Referent mahnte zur Ruhe...

einen Jahre von 78 000 auf rund 100 000, das bedeutet eine Steigerung von 27 Prozent.

Daß mit der Wanderbühne wirklich „soziale“ Kunstpflege getrieben wird...

Ueber die künstlerische Arbeit wird mitgeteilt, daß zum ersten Male seit Bestehen des Theaters die herkömmliche Arbeit...

richtigen Licht, wenn man die Drosselung der kleinen Bühnen der Provinz...

Einer sachlich orientierten und von Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volksgange...

blissamlich geminte Elemente zu schikanieren und republikfeindlichen Mummel mit dem Gummihüpfel zu schälen.

Weiterhin wurden dann noch organisatorische Fragen besprochen und die Delegierten zum Reichsbannertag...

Das Auftreten des Beamten gegen den ausdrücklichen Willen der Einberufer...

Der richtige Weg zur Erlangung blendend weisser Zähne

Man giebt einen Essig Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste...



1930er Laubenhelmer Berg 70 Pl.
empfehlenswert, sehr fein. 1/4 Ltr.-Schopp. 25
1929er Edenkobener hervorragend.
milder Tischwein. 1/4 Ltr.-Schoppen 30
1929er St. Martin Schloßbg. 90 Pl.
fein, rassig, süßl. 1/4 Ltr.-Schoppen 35
1929er Liebfraumilch 1 00
elegant, zart und mollig. 1/4 Ltr.-Schoppen 35
1929er Mosenhofer Berg 90 Pl.
sehr rassig, pikant. 1/4 Ltr.-Schoppen 30

1929er Zeller schwarze Katz 1 50
vollmundig, spritziger Wein. 1/4 Ltr.-Schopp. 50
Vollender, hochfeiner
Griechischer Muskat, Cephalonia 80 Pl.
1/4 Ltr. Glas 15 Pl., Karaffe 35
Deutscher Wermutwein 90 Pl.
die deutsche Edelmarke, hervorragend, unüber-
treffl. Qualität. 1/4 Ltr. Glas 15, Karaffe 35
Italienischer Vermouthwein 90 Pl.
Emilio magensträrk. unerr. 1/4 Ltr. Gl. 15, Kar. 35

Fauche Kräuterwein extra schwer,
unübertrefflich bei Magenstörungen
1/4 Ltr. Glas 15, Karaffe 35 90 Pl.
Fauche Göttertrunk 90 Pl.
die aromavolle Barbowia 1/4 Ltr.-Schoppen 30
Tarragona extra feine Qualität
1/4 Ltr. Glas 15, Karaffe 40 1 00
Feiner alter Malaga 1 10
golden, sehr feurig 1/4 Ltr. Gl. 20, Karaffe 45

Deutscher Rotwein
hervorragend, hochfein 1. Glühwein, 1/4 Ltr. Schoppen 25 Pl.
Spanischer Rotwein
vollmundig, sehr fein 30 Pl.
Fruchtweine Marke „Rübe“
Apfelgold, Apfelgoldb., Johannisb.,
Stachelbeer-, Heidelbeerwein, Karaffe

Sie bereiten Ihren Gästen Freude und sparen Geld! Beachten Sie unsere Preise!

Seinen Vater erwürgt

Der Mord im Reimsbachtal aufgeklärt

Der Mord im Reimsbachtal hat, durch Geständnisse der Hauptbeteiligten eine fast lückenlose Aufklärung gefunden. Der in Breslau verhaftete arbeitslose Schuhmacher Martin Schmidt, ein weitläufiger Verwandter der Familie Ulrich und der vierundzwanzigjährige Sohn des U. haben den Mord gemeinschaftlich begangen. Wie aus einer, bei dem Ermordeten gefundenen Karte ersichtlich, war dieser aufgefordert worden, nach Blumenau zu kommen. Als U. dort erschien, waren Frau und Tochter abwesend. Schmidt warf sich sofort über den nicht sonderlich kräftigen U. und würgte ihn bis zur Bewusstlosigkeit. Dann hielt Schmidt dem Ueberfallenen die Beine zusammen und der eigene Sohn drückte dem Vater mit solcher Gewalt die Kehle zu, daß sogar der Stuhlknarren brach und der Tod sofort eintrat.

Erst nach der grauenvollen Tat trafen Mutter und Tochter wieder in der Wohnung ein, wo noch die Ehefrau den Vorschlag machte, die Leiche im Sack der Reiskristallperre zu verpacken. Von diesem Vorhaben kamen die Täter jedoch ab. Sie packten vielmehr die Leiche in einen Sack und trugen diesen — ohne daß die Hausbewohner etwas gemerkt hätten, es war am hellen Tag — in die Scheune, um dann nach Eintritt der Dunkelheit die Leiche an dem Ort, an dem sie gefunden wurde, zu verbergen. Schmidt kehrte dann auf seinem Fahrrad nach Breslau zurück, während der Sohn sich wieder in die Wohnung begab, wo er, als die Mordkommission eintraf, den kranken Mann spielte.

Im Zonshacht erstickt

In einer Tongrube in Wschizau, Kreis Bunzlau, die füllte, waren die Arbeiter Meyer und Winkler mit dem Auspumpen des Wassers aus dem Schacht beschäftigt. Sie hatten sich Dienstag nachmittag in der Schacht begeben. Da Meyer bis Mittwoch früh nicht heimgekehrt war, wurde auf Veranlassung seiner Frau nach ihm geforscht. Man fand die beiden Arbeiter im Zonshacht tot auf; aneinander sind sie an giftigen Gasen erstickt.

Aus der Umgebung

Impfstreit im Landkreis Breslau

Standesinteressen über Allgemeininteressen

Es war seit langem der Wunsch der sozialdemokratischen Kreisfraktion, daß die Bevölkerung im Landkreis Breslau von den Ärzten geimpft wird, von denen sie auch sonst behandelt wird. Nun hat der Landrat dieser Anregung entsprechend dieses Jahr das Impfen den frei praktizierenden Ärzten übertragen. Jeder vernünftige Mensch wird das begrüßen, nicht zuletzt die Ärzte selbst. Doch der Vorstand des Ärztevereins Breslau-Land, vertreten durch Herrn Dr. Hermann in Schmolz, denkt anders, denn der Landrat hat bei seinen Anordnungen die Tod- und die Begangen, den Vorstand des Ärztevereins nicht erst um Erlaubnis zu bitten, ob er den Ärzten das Impfen übertragen dürfe und die Auswahl der Impfstoffe nach eigenen Gesichtspunkten vorgenommen.

Obwohl die Impftermine schon zum Teil festgesetzt und veröffentlicht waren, verbot daher der Vorstand des Ärztevereins seinen Mitgliedern das Impfen aus „organisatorischen“ Gründen. Die Ärzte, die sich dieser standesegoistischen und dem Interesse der Volkshygiene ins Gesicht schlagenden Anordnung widersetzen, wurde mit dem Ausschluss gedroht, so daß auch sie sich dem mittelalterlichen Standesterror beugen mußten.

Dieses Vorgehen des Vorstandes, das von einem großen Teil der Ärzte, allerdings ohne Erfolg, gemißbilligt wird, ist um so unerhörter, als es sich beim Impfen beinahe ausschließlich um eine gefahrlose Handlung handelt. Natürlich wird das Impfen jetzt wieder von einem beamteten Arzt durchgeführt.

In diesem Zusammenhange wird es auch niemand wundern, daß auch die regelrechte Durchführung der Schulgesundheitspflege bei einigen Ärzten auf stärksten Widerstand stößt und sie es für unter ihrer Würde halten, mit dem Kreise über einen neuen Vertrag wegen der ärztlichen Versorgung der Wohlfahrtsberechtigten zu verhandeln, so daß diese Fürsorge der Krankenkasse übertragen werden mußte, weil sonst auch die Armen ärztlich bestreift worden wären, obwohl gerade die Ärzte

nach Feststellungen im Kreistag von allen Erwerbslosen am wenigsten unter der Not der Wirtschaftskrise zu leiden. Wie heißt doch schon der Wahlspruch der Ärztegesellschaft Arbeit des Arztes ist Gesundheitsdienst am deutschen Volk!

Klettendorf. Schwere Autounfall. Gegen nacht ereignete sich auf der Julius-Schottländer-Straße jenseits zwischen einem Personenwagen und einem Wagen der Shellwerke. Ersterer gehörte dem Konfektionär Danjchel aus Klettendorf. Der Wagen wurde zertrümmert und Danjchel schwer verletzt.

* Mattsch a. D. Freitod. Am Mittwoch mittags starb der Bürodiener K. von hier auf dem hiesigen Friedhof. Grund seiner Lebensmüdigkeit ist noch unbekannt.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 1
Telephon 59061, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 1-4

Witgen. Am Sonnabend, dem 13. Juni, 20 Uhr, in der Kassa, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schmitt, Kautz. Am Sonnabend, dem 13. Juni, 20 Uhr, in der Kassa, Mitgliederversammlung. Redner: Künzler.

Opperan. Am Sonnabend, dem 13. Juni, 20 Uhr, in der Kassa, Mitgliederversammlung.
Fahrgütel. Am Sonnabend, dem 13. Juni, 20 Uhr, in der Kassa, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fritsch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Breslau-Land-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Mattsch. Heute, Freitag, 7,30 Uhr, bei Liebs Mitgliederversammlung.

Familien-Anzeigen

Am 9. Juni verstarb plötzlich die Ehefrau unseres langjährigen Mitgliedes **August Rentke**
Frau Ernestine Rentke
geb. Wandelt
im Alter von 59 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Begräbnis-Kasse Archimedes
Beerdigung: Freitag, den 12. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle St. Paulus in Cosel. 6150

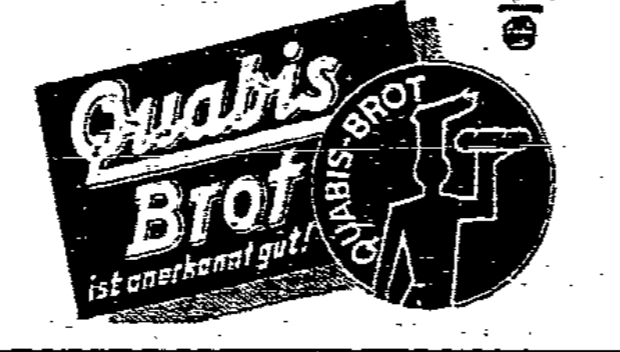
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Am Dienstag, dem 9. Juni, morgens 3 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schleifer
Paul Frenzel
im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 12. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 2229

Deutscher Bauergewerksbund

Am 9. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Maurer

Robert Galle

im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauergewerkschaft Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 12. Juni, 15 Uhr, vom Trauerhause in Klein-Maschwitz. 2227



Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3 — Reme Gruppenstraße 5

Bettfedern

kaufen Vertrauenssache
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden!

Christopher Addison:
Praktischer Sozialismus
Übersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus.
Mk. 2.00
Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Gruppenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Der Turn- und Sportverein 1924 Bernau

sucht für Sonntag, den 21. Juni zum Kaffee für die I. Mannschaft
erfolgreichsten
Breslauer Spielmann
wegen halber Jahresentschädigung
Retourspiel. — Anschaften erbeten
Sportwart **Hermann Po**
Bernstadt i. Schl., Dölzer Straße

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift
Frau des schaffenden V
Preis 35 Pl. Zu bes
bei allen Zeitungsträ

Wen bevorzugen unsere Freunde und Frauen

W. Kelling

schon alle Wäsche,
der Versuch bestätigt es

EBI

Vollkornbrot

An Zücker sparen — gründlichst
das Brotgen bewahrt ihn —
Zücker wäsel

W. Freitel, Lange Gasse 62
Kipke-Ausschank

Großer Tanz

Gut gepflegte Kipke-Biere
Den Vereinen steht der Saal u. die Vereinszimmer günstig zur Verfügung

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15

Spareinlagen

in jeder Höhe zu
günstigen Bedingungen entgegen

Bürgergarten

Taschenstraße 10/11 Weidenstraße 21
Inh. Friedrich Pache

Größtes Speise-Restaurant
Ausschank von Haase-Bieren

Für Drucksachen & Inserate
Schönhalbs
Breslau 1, Reuschstr. 51

W. Popp & Co.
BRESLAU II Fernruf 30689
Fleischsalat und Mayonnaise
Erste und älteste Firma am Platze
Lieferant des Gemeindefleischwirts

Schwinge & Stehr, Papierverarbeitungswerk, Breslau 21
Tüten und Beutel aller Art zur Verpackung von Lebensmitteln, Kaffee, Tee, Kakao
Zigarren- u. Zigarettenbeutel — Drogen- u. Samenbeutel
Beste Qualität — Billigste Preise
Vollendetste Ausführung mit- und ohne Druck

Kampf dem Morphinismus!

Zahl der Suchtkranken in Deutschland steigt — Kriegsbeschädigte als Dauermorphinisten Das neue Opium-Gesetz — Der Heilungsversuch des Dr. Meyer

Nur wenige kannten vor dem Kriege die Gefahren des Morphinismus. Die Zahl der Suchtkranken war verhältnismäßig gering und fast ausschließlich in wohlhabenden oder intellektuellen Kreisen zu suchen. Ueberhaupt hatten zum erstenmal die großen Kriege von 1864 bis 1871 das Schmerzmittel angewendet ohne sich jedoch der furchtbaren, dieses gefährlichen Betäubungsmittels auch nur im geringsten bewusst zu sein. Will man Anekdoten aus jener Zeit anschauen, der bekannte Chirurg König erzählt eine, die die Verzeite untereinander die Spritze an, wie heute geschieht. Aber wenn auch die nachfolgenden Jahrzehnte Wandelung schafften, so brachte doch erst der Weltkrieg und nachfolgenden Inflationsjahre, die ein ganzes Volk feilsch machten, die Herrschaft des Morphiums zur Entfaltung.

Tragödien in der Stille

Die Zahl der Morphinisten ist in unangenehme und Morphinismus wurde zu jener Gefahr für die Volksgesundheit, die er heute darstellt, Fachleute schätzen die Zahl der Suchtkranken in Deutschland auf viele Hunderttausende, und schon früher, wie schon erwähnt, nur wenigen Volksgenossen gehörten, ist nun wohl keine Bevölkerungsgruppe von dieser vernichtenden Krankheit verschont geblieben. Selbst im Proletariat also dem Teil des Volkes, der die gesündeste, robusteste jeilische Verfassung entgegen hat, ist der Eingang gefunden: Eine Folge des Krieges, die heute in ihrer ganzen Tragweite zu übersehen beginnt, ein großes Kontingent aller Morphinisten stellen die kriegsbeschädigten, die bei schmerzhaften Verwundungen den Anzweifeln wachen, ja monatelang mit Morphium behandelt wurden. Die Tag für Tag von Ärzten und Schwestern pflegten erhielten, ohne zu wissen, welches gefährliche Gift ihnen in die Adern floß. War es dann ein Wunder, wenn sie nach der Heilung von selber zur Spritze griffen, wenn sie ohne das Quantum Morphinium überhaupt nicht mehr existieren konnten und sich allmählich körperlich und jeilisch zugrunde richteten? Wieviel ergreifende Tragödien mögen sich da in aller Stille abgespielt haben?

Sintenerum — „Woher bezieht aber der Kranke das Gift, das er ebenso notwendig zum Leben braucht wie der Gesunde die Luft? Oft durch Arzt, durch gefällige Rezepte, auf dem Wege des Schleichhändlers — und durch den Schleichhandel, der es ihm spottbillig hohen Preisen liefert. Lange Zeit, besonders in den Inflationsjahren, hat man gegen den üppigen Morphinhandel so gut wie nichts unternommen und noch heute löst seine Bekämpfung die Kaufkraft-Dezernate der Polizei beständigen Schwierigkeiten. Daran hat auch das neue Opiumgesetz vorigen Jahr wenig geändert. Es versucht zwar den Verbrauch von Morphin stark einzudämmen, indem es den Handel mit dem Patienten unter Kontrolle stellt, aber die Schwierigkeit, die ja an der Herstellung von Morphinpräparaten großes Interesse hat, findet genügend Mittel und Wege, um die Einschränkung zu umgehen. So gelingt es immer wieder Suchtkranken, wenn schon unter größten materiellen Opfern, für ihn so notwendige Gift zu erhalten.

Ein Patient: 16 Entziehungskuren!

Es gab eine Zeit, in der brandmarkt man die Morphinisten als Laster. Mit Unrecht! Wir wissen heute, daß sie eine jeilische Krankheit darstellt und nichts mit moralischen Tadeln zu tun hat. Kommt doch ein großer Teil aller Suchtkranken meist durch schmerzhaft chronische Erkrankungen mit dem Morphinium in Berührung. Sie versinken dann allmählich in ihrer narzotischen Wirkung, werden zu Sklaven der Drogen, deren täglicher Gebrauch sie allmählich zermüht. Die Rettung wird dann die gefürchtete Entziehungskur, die allein schon viele Kranke abjehret, sich in Behandlung zu geben.

Alljährlich werden von den Krankenkassen Tausende von Suchtkranken in Krankenhäuser und Irrenanstalten geschickt. Der Erfolg ist in den meisten Fällen der, daß die ausjehrenden Genesenden bei ihrer Entlassung die nächste Bekanntschaft mit dem Schleichhändler aufsuchen und damit der Gefahr von neuem zum Opfer fallen. Fälle, in denen ein Suchtkranker bis zu 16 Entziehungskuren abolvierter, sind den Ärzten nicht selten. Aber während den Angehörigen der besitzenden Klassen wenigstens individuelle Behandlung in den Sanatorien zur Verfügung steht, erzeugt die Massenbehandlung von vornherein in dem Kranken eine Opposition, die sich seiner Heilung im Wege stellt. Aber ob Sanatorium oder Heilanstalt — man hat, offen gestanden, mit der Heilung von Morphinisten, bisher überhaupt keine allguten Erfahrungen gemacht. Steptiker meinen, alle werden wieder rückfällig; andere schätzen die Zahl der Geheilten auf 80 bis 90 Prozent ...

Der Weg des Dr. Meyer

Und gibt es keine andere Möglichkeit, dem großen Heer der Suchtkranken zu helfen? Ein Berliner Arzt, Dr. Fritz Meyer, hat sie entdeckt zu haben. Die Befreiung des Körpers vom Morphinium erfolgt bei ihm nicht, wie das sonst üblich ist, durch schrittweise Entziehung, sondern durch plötzliche Entziehung in Verbindung mit psychoanalytischer Behandlung. Es beginnt mit einem fünfjährigen Dämmer Schlaf. Der Patient erhält mehrere Male einen Schlaftrunk, der so dosiert ist, daß er täglich zweimal leicht erwacht, um Nahrung einzunehmen. In diesem Dauer Schlaf ist der Körper vollständig vom Gift befreit.

Die Weichte des Kranken

Im Mittelpunkt der weiteren Behandlung steht die Anwendung der modernen Psychotherapie, der Psychoanalyse; zweifellos hat Dr. Meyer Recht, wenn er meint, daß der Morphinismus ein Symptom für eine bereits vorhandene jeilische Krankheit ist. In der psychoanalytischen Sitzung erzählt der Patient dem Arzt aus seinem Leben, erzählt von dem, was ihn bedrückt. Dabei wird vieles in sein Bewußtsein, was in ihm schlummerte. Er wird auf die Licht- und Schattenseiten seines Ichs und löst dabei auf die jeilischen Ursachen seines Leidens. Zweck der Behandlung ist, daß der Kranke auf diese Weise nicht nur körperlich, sondern auch geistlich das Gift überwindet. Die Theorie Meyers: hat der Kranke das Gift geistlich überwinden, dann es ihm nichts mehr geben; er lebt ein gesundes Leben, er ist nicht mehr ein Morphinist, sondern ein Mensch. Seine Gedanken sind nicht mehr egozentriert um das Gift und seine Beschäftigungen sind der Kranke wird vielmehr wieder ein sozialer, sozialer Mensch.

Bienstand

Dies ist, wie gesagt, Dr. Meyers Theorie, vielleicht bewährt sich allgemein, vielleicht wird sie einmal allgemeine Praxis werden, u. a. auch bedeuten, daß die Morphinisten nicht mehr in der geschlossenen Anstalt, sondern in offenen Heimen unter individueller ärztlicher Aufsicht behandelt werden. Die sozialen Maßnahmen würden wohl dadurch wieder aufgemommen werden, daß die Behandlung der Morphinisten von nun an nicht längerer Dauer wäre. Vielleicht können

dann die Geheilten wirklich sofort wieder ins Erwerbsleben zurück, vielleicht ist die bisher so große Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls dann wesentlich geringer, vielleicht kann hier wirklich Hunderttausenden entscheidend geholfen werden, vielleicht —

Grauenhafte Tat eines Vaters

Beim Kriminalgericht in Moabit stellte sich ein 55 Jahre alter Mann, der angab, er habe seinen fünf Jahre alten Sohn Heinz ermordet. Kriminalbeamte begaben sich nach seiner Wohnung. Was sie dort erfuhren, ist die Tragödie eines kleinen Jungen. Der Mann wohnt in dem Hause zusammen mit seiner Ehefrau und dem Kinde. Er lebte in sehr schlechter Ehe. In seinen Wutausbrüchen schlug er Frau und Kind und beschimpfte sie. Am Dienstag kam es zwischen Mann und Frau wieder zu Tätlichkeiten, in die sich der kleine Heinz einmischte. Der Rohling ließ seine Frau aus dem Zimmer, schloß die Tür von innen ab und schlug das Kind mit einem Stuhle nieder. Trotz der flehentlichen Bitten des Kleinen, von ihm abzulassen, hielt der Wüterich nicht inne, bis das Kind verstummt war. Der bestialische Vater nahm an, daß der Junge tot sei und begab sich nach Moabit, wo er gegen sich selbst Anzeige erstattete. Wie durch ein Wunder ist der Junge mit Verletzungen davongekommen, die erhoffen lassen, daß er keinen lebenslänglichen Schaden zurückbehalten wird. Der Mann gibt zu, daß ihm das Kind im Wege war und daß er schon des öfteren darüber nachgedacht habe, wie er sich seines Sohnes entledigen könne. Er wird in Haft behalten und zur Untersuchung seines Geisteszustandes den Ärzten vorgeführt werden.

Die Bluttat in der Grenzmark

Der von seiner Frau angeschossene Arbeiter Paul Taschke in Bruchdorf ist nach seiner Entlieferung in das Jülichauer Krankenhaus gestorben. Die Mörderin, die nach der Tat in den Wald geflüchtet war, wurde in Kreuz in dem Augenblick verhaftet, als sie mit ihrem Liebhaber auf einem Motorrad fortfahren wollte. Der Schloffer Bahr aus Kreuz, der als Antizifer zur Tat verdächtigt ist, wurde ebenfalls festgenommen. Beide wurden nach Anrucht in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Unfall bei den Aufbaumarbeiten am Münchener Glaspalast

Bei den Abbrucharbeiten am Münchener Glaspalast ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unfall. Sowie bisher zu erfahren ist, wurden drei Arbeiter schwer verletzt. Nähere Einzelheiten, insbesondere darüber, ob es sich um einen Einbruch oder einen Absturz handelt, waren noch nicht zu erfahren.

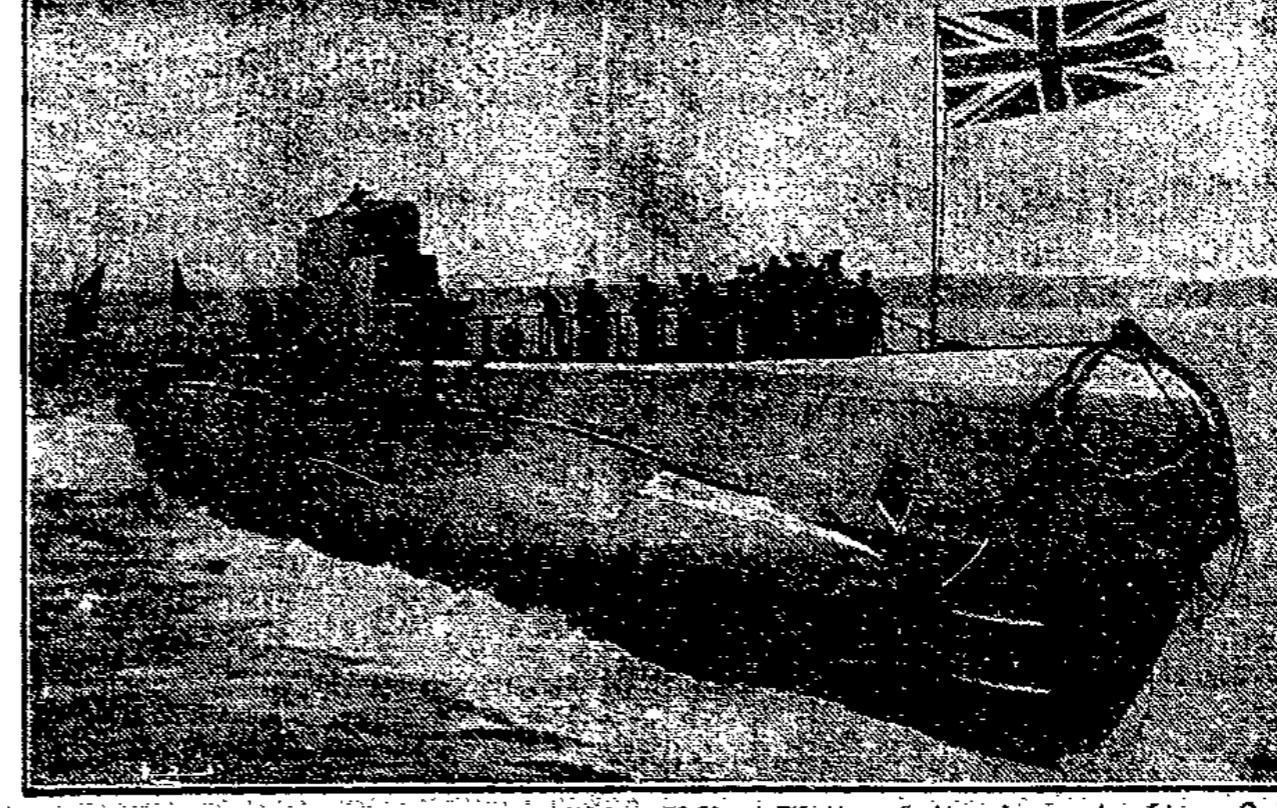
Selbstentzündung die Ursache des Brandes des Münchener Glaspalastes

Wie die Blätter melden, sind die polizeilichen Erhebungen über die Ursache der Katastrophe im Glaspalast nunmehr abgeschlossen. Die Feststellungen sollen zu dem Ergebnis kommen, daß der Brand tatsächlich auf Selbstentzündung des von den Malern verwendeten Materials zurückzuführen ist.

Raubüberfall auf eine Kreisbanknebenstelle

In der Kreisbank-Nebenstelle Herten bei Redlinghausen erschien gestern vormittag ein Mann, der Gulden zu kaufen wünschte. Da die Bank keine Gulden zur Verfügung hatte, entfernte sich der Mann. Er kam jedoch nach kurzer Zeit wieder, legte eine Aktentasche auf den Tisch und richtete eine Pistole auf den allein anwesenden Kassierer mit dem Ruf: „Schnell Geldtasche füllen“. Der Kassierer handigte notgedrungen den Barbestand in Höhe von 1303,80 Mark dem Räuber aus, der sofort die Flucht ergriff. Seine Verfolgung verlief ergebnislos.

Englisches U-Boot „Poseidon“ gesunken



Die „Poseidon“ gehörte zu den modernsten Schiffen der englischen U-Boot-Flotte, hatte im getauchten Zustande 2075 Tonnen Wasserdrängung und ist erst im vorigen Jahre vom Stapel gelaufen.

Ein Teil der Besatzung mit in der Tiefe

Etwas 12 Meilen von Weihaiwei entfernt ist das britische Unterseeboot „Poseidon“ mit dem kleinen chinesischen Küstendampfer „Juta“ zusammengestoßen während das Unterseeboot an der Oberfläche des Meeres Übungen ausführte. Das Unterseeboot wurde fest und sank in einigen Minuten. Der chinesische Dampfer nahm die Schiffbrüchigen mit Ausnahme von sechs Matrosen auf, die sich mit dem Davis-Spezialrettungsapparat für Unterseeboote retteten. Zwei von ihnen starben nach 2 1/2 Stunden die Oberfläche erreichend, die übrigen vier nach drei Stunden. Alle sechs wurden von britischen Kriegsschiffen aufgenommen. Wie verlautet, soll sich das britische Unterseeboot „Medway“ mit acht Mitgliedern der Besatzung der „Poseidon“, die sich noch immer in diesem Boot befinden, in Verbindung gesetzt haben und hofft, sie zu retten. Andere Mitglieder der Besatzung sollen noch in einem anderen Abteil des gesunkenen U-Bootes eingeschlossen sein; es besteht wenig Hoffnung zu ihnen zu gelangen. Nach den wenigen Einzelheiten, die bekannt wurden, war das Unterseeboot unmittelbar in der Nähe des Dampfers „Juta“ aufgetaucht, dessen japanischer Kapitän den Kauf verlor und schlecht gesteuert hatte, so daß der Dampfer das Unterseeboot rampte. Ein japanischer Rettungsschlepper wird versuchen, die „Poseidon“ zu heben.

Zuchthausstrafe für einen Jugendpfleger

Der ehemalige Lübecker Jugendpfleger Robert Fischer wurde wegen Amtsunterschlagung in Tateinheit mit dem Brechen der Beistandspflicht amtlicher Urkunden und wegen einiger Fälle einfacher Unterschlagung und Betrugs zu einem Jahr, zwei Monaten Zuchthaus und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Fischer hatte die Bedürftigsten um ihr tägliches Brot betrogen und das ergaunerte Geld mit Freunden vertrunken. Schon im Jahre 1912 hatte er wegen Betrugs vier Monate Gefängnis verbüßen müssen. Trübham war es ihm später gelungen, Beamter zu werden.

„Gefesselte Justiz“

Gerichtsbeschluss gegen die Nazischmü. Die 18. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Herzog hat gestern mittag in der Klage, die Justizrat D. Werthauer gegen den Verlag Lehmann in München auf Unterlassung verschiedener beleidigender Behauptungen in der Broschüre „Gefesselte Justiz“ angestrengt hatte, zugunsten des Antragstellers entschieden. Die einstweilige Verfügung vom 11. April d. Js. wurde durch die Kammer bestätigt, und es wurde dem Verlage gegen eine Strafe von 500 Mk. in jedem Fall der Zuwiderhandlung verboten, die vom Gericht beanstandeten Stellen zu drucken oder zu verbreiten. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Verlag Lehmann zu drei Viertel, Justizrat Werthauer zu ein Viertel auferlegt.

Lothartermin mit dem Kindesmörder

Am Mittwoch fand in Kröpelin (Mecklenburg) ein Lothartermin mit dem Lustmörder Heinz Breymann statt, der unter dem dringenden Verdacht, die zwölfjährige Schülerin Anna Möller ermordet zu haben, am Morgen in Haft genommen worden war. Bei dem Lothartermin sammelte sich eine große Menschenmenge an, die gegenüber dem Mörder eine äußerst bedrohliche Haltung annahm. Die Untersuchungskommission sah sich gezwungen, den Lothartermin abzubreaken, da der Mörder der Gefahr tätlicher Angriffe ausgesetzt war. Breymann hat im Laufe des Mittwochs gestanden, die Schülerin auf dem Kirchhofweg von der Schule angesprochen, sie ins Kornfeld geschleppt und vergewaltigt zu haben. Als sich das Kind zur Wehr gesetzt habe, habe er sein Opfer gefesselt und durch drei Schläge mit einer Schraubenzange getötet. Breymann ist nach Rostock transportiert worden.

Erdstöße in Ostpreußen

Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind in Westerbauterfeln (Kreis Leer) in der Nacht zu Mittwoch starke Erdstöße verspürt worden. Am Abend hörten die Bewohner ein kurzes Rosten und bemerkten hinterher ein leichtes Beben der Erde. Als die Bewohner ins Freie traten, sahen sie, daß sich die Stangen der Dichtleitung bewegten. Mittwoch morgen ist wieder ein leichtes Beben bemerkt worden. Die Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung teilt hierzu mit, daß es sich vermutlich nur um eine lokale Erscheinung handele.

Der erste Segelflugversuch in den Alpen geglückt

Im Rahmen der von dem Forschungsinstitut der Rhône-Rositten-Gesellschaft mit Unterstützung der Baseler Sektion des schweizerischen Aeroklubs organisierten Segelflugexpedition in die Schweizer Zentralalpen wurde gestern der erste Start mit dem Segelflugzeug „Fajnr“ durchgeführt. Der deutsche Segelflieger Grönhoff startete um 14,13 Uhr auf dem Jungfraujoch bei ziemlich starkem Winde. Er beschrieb mehrere Schleifen über der Station Jungfraujoch und der Jungfrau (4167 Meter Höhe) und entschwand den Blicken um 14,25 Uhr in Richtung auf die Niederung zu. Er ist kurz darauf in Interlaken glatt gelandet.

Angeheure Hitze in Indien

In Indien herrscht seit einigen Tagen eine Temperatur, die sogar von den Bewohnern dieses heißen Landes als Hitzewelle bezeichnet wird. In Kalkutta zeigt das Thermometer 40 bis 42 Grad Celsius. Noch ärger ist es in Lahore und in den Städten der Nordwestprovinz, wo sogar 49 Grad Celsius und mehr gemessen werden. Dazu kommt die große Feuchtigkeit der Luft, die bis zu 88 Prozent beträgt und die Lage noch unerträglich macht.

Aussprechen was ist

Der deutsche Arbeitsmarkt

Die neuen Arbeitslosenziffern - 4 867 000 Arbeitslose am 31. Mai
Völlig unbefriedigender Rückgang der Arbeitslosigkeit

Kein Rückgang der Sinnst. Unheimlich, unbeweglich steht die Zahl der Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Hälfte des Monats Mai weiter, wenn auch in flacherem Bogen, zurückgegangen.

Über die Aufstellung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Art der gewährten Unterstützung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor.

Die Landwirtschaft hat in den klimatisch günstigeren Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt.

Zu den günstigen Teilarbeitsmärkten gehören namentlich die der Spinnstoffindustrie und des Bekleidungs-gewerbes.

Verchiedene Zweige des Nahrungsmittelgewerbes sowie, der Saison entsprechend, das Gastmirtsgewerbe, waren erheblich an der Besserung der allgemeinen Lage beteiligt.

Der neue Arbeitsmarktbericht bringt eine schwere Enttäuschung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Maihälfte ist, gemessen an der Gesamtlage, viel zu gering.

Ein erschütternder Tatbestand! Eine neue und sehr eindringliche Mahnung an alle, die es mit dem deutschen Volk gut meinen, sich zu einer Tat zu sammeln und aufzuraffen.

Die Stunde ist ernst. Die Not ist groß. Es bleibt die Notgemeinschaft?

Sie regen sich mächtig auf

Rom, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Das Verhalten der Mitglieder der Amsterdamer Internationale gegenüber den Delegierten der faschistischen Gewerkschaften auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf veranlaßte den Korporationsminister Bottai am Mittwoch zu folgender Erklärung an die Presse:

Die Geburt der italienischen Vertreter gegenüber dem Jahr um Jahr sich wiederholenden Protest gegen die Gültigkeit der faschistischen Arbeitervertreter hat ihre Grenze erreicht.

Betriebseinschränkungen in der Waldenburger Porzellanmanufaktur

Die Porzellanmanufaktur C. Krüger sieht sich infolge der anhaltenden Absatzrückgang gezwungen, nicht weniger als 183 Arbeitern und Angestellten zu kündigen.

Neuer Rahmentarifvertrag für die Kölner kaufmännischen Angestellten

Die Schlichtungsverhandlungen über den Rahmentarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel Köln kamen zu einem vorläufigen Abschluß.

Diese vorläufige Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung der beiden Parteien. Sie kann bis zum 15. Juni widerrufen werden.

Genossenschaftstag in Magdeburg

Konsumgenossenschaften die Brücke zur besseren Wirtschaftswelt

Die GEG. ein wirtschaftlicher Machtfaktor

In der Dienstagssitzung des 26. Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete zunächst Volkmar Kiepsig über die Entwicklung des Zentralverbandes.

Ausgehend von dem Bericht Hugo Bäßlein-Hamburg über wirtschaftliche Angelegenheiten. Der Redner streifte die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die die Zentralgenossenschaft mit

Weitere Arbeiterentlassungen in Ostoberschlesien

Der Demobilisierungskommissar hat die Zustimmung der Justizverwaltung auf der Martha-Hütte erteilt. Entlassung von 50 Arbeitern auf der Martha-Hütte etc. gelündigt.

Die Landflucht und ihre Ursache

Die Landflucht der Arbeiter, über die die Großgrundbesitzer so gerne klagen, hat ihre berechtigten Ursachen, wie ein empörender Vorfall zeigt: Der 18 Jahre alte Arbeiter...

Das Nachtbadverbot durch die Notverordnung aufgehoben

Breslauer Bäckergehilfen protestieren gegen die neue Notverordnung, die dem Reichsarbeitsministerium einräumt, in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern...

Zum ersten Male seit Jahren fehlten sich dieser Tage Hannoveraner in großer Anzahl mit den niederländischen...

Weststoffiedlung wendet sich Schlesien zu

Zum ersten Male seit Jahren fehlten sich dieser Tage Hannoveraner in großer Anzahl mit den niederländischen...



VOLKSFÜRSORGE

Größte Versicherungs-Gesellschaft Deutschlands. Versicherungsleistungen: Ueber 12 Millionen Mk. seit November 23 (Ende der Inflation). Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme, 150 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 100 Millionen RM. Prämienreserve, über 32 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 132 Millionen RM.

Gewerkschaftlich genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg. Größte Versicherungs-Gesellschaft Deutschlands.